

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljahr 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 12. April 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Insertions-Gebühr
betragt für die sechsspaltige Kolonne
oder deren Raum 40 Pf. für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen, sowie
Arbeitsmarkt 30 Pf. Insetate für die
nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Sieg!

Die Socialdemokratie Berlins hat ein neues Siegesblatt in das
Buch ihrer ruhmvollen Geschichte geheset. Der zweite Wahlkreis ist
den Parteien des Kapitalismus entrissen und der Partei der Arbeit
wiedergegeben.

Richard Fischer ist gewählt. 47 200 Stimmen wurden in die
Wahlurne gelegt, Fischer erhielt 24 319 Stimmen, er siegte
mit 1340 Stimmen Majorität. Der freisinnige Kandidat Kreitling
erhielt 17 443, der konservative 5268, der antisemitische Graf Pückler
120 Stimmen, der Rest war zersplittert oder ungültig.

Die Wahlbeteiligung war schwächer als im Vorjahre, wie ge-
wöhnlich bei Nachwahlen. Am 16. Juni 1898 wurden 54 786 Stimmen
abgegeben. Sieben und einhalb Tausend Stimmen wurden
bei der jetzigen Wahl weniger abgegeben. Der Freisinnige hatte
zwar 1811 Stimmen Zuwachs, aber der Zuwachs wurde übermäßig
aufgewogen durch den Rückgang der konservativen Stimmen um mehr
als die Hälfte. Brachte die geringe Wahlbeteiligung der Socialdemokratie
eine Abnahme von knapp 2000 Stimmen, so betrug der Verlust der
gegnerischen Parteien an 5500 Stimmen. Und niemand,
der objektiv das Wahlergebnis prüft, kann verkennen, daß die
Socialdemokratie, die Partei der wenig fechtenden Arbeiterklasse, am
schwersten durch den Fortzug Tausender von Wählern aus dem Wahl-
kreise seit der vorigen Wahl zu leiden hatte.

War aber die Wahlbeteiligung eine launere als bei der vor-
jährigen Hauptwahl, so war doch der Wahlkampf ein heißer und
der Erfolg ein überaus bedeutungsreicher.

1898 wurde zu den älteren Burgen der Berliner Social-
demokratie, dem 4. und 6. Wahlkreise, der 2., 3. und 5. Kreis erobert.
Der zurückgeschlagene Liberalismus bot alles auf, um die Reichs-
hauptstadt, die seit Jahrzehnten vertreten zu haben sein
letztler Stolz gewesen, zurückzugewinnen, und 1898 gelang
es ihm nochmals, einen Scheinsieg zu errufen. Im
5. Kreise siegte er mit einer Handvoll Stimmen, im
2. Kreise siegte er durch Unrecht und Unwahrscheinlichkeit. Räumend
schlugen die Freisinnigen die Siegespauken: die Socialdemokratie
Berlins sei auf das Haupt geschlagen, der Anfang der Jurisdiktion
der wichtigen liberalen Metropole sei gemacht, die Socialdemokratie
marschiere nicht mehr vorwärts, die Socialdemokratie müsse sich rück-
wärts konzentrieren.

Doch der Siegesjubel war verfrüht. Der Scheinsieg endete mit
der Enthüllung unrichtiger Stimmenauszählung und Herr Kreitling
mühte selbst das zu Unrecht usurpierte Mandat niederlegen. Nun
aber sollte die eigentliche Kraftprobe erfolgen. Endgültig sollte ent-
schieden werden, ob der Geist des Socialismus oder der Ungeist der
Liberalismus in der Berliner Wählerschaft mächtig ist. Der
Freisinn führte den Wahlkampf mit aller Kraftanstrengung, zu dem
ihm der Gedanke anspießte: Hier wird über mehr als einen
Wahlkreis entschieden, hier wird entschieden, ob der Liberalismus
noch befähigt ist, der hauptstädtischen Bevölkerung das politische
Banner voranzutragen.

Die Wähler haben entschieden. Der Freisinn ist geschlagen.
Die Socialdemokratie hat einen schönen Sieg errufen. Sie hat
den zweiten Wahlkreis zum ersten Mal ohne Stichwahl auf den
ersten Anhub erobert. Die Berliner Arbeiterklasse hat damit
die Scharte des vorigen Jahres zum guten Teil wieder ausgeweicht.
Unsere Parteigenossen haben mit der Begeisterung gekämpft,
welche ein hohes Ideal dem Menschen in die Seele giebt,
und, befeuert von dem Wunsche, der verrotteten Säuggarde
des kulturfeindlichen Kapitalismus in der Kulturhauptstadt des
Deutschen Reiches wohlverdiente Abjage zu erteilen. Die Berliner
Socialdemokratie hat einen Sieg errufen, der von der Arbeiterklasse
im ganzen Reich mit freudigem Jubel empfangen werden wird.
Berlin, die Hauptstadt des Reiches, ist die Hauptstadt der
Socialdemokratie.

Unser Sieg ist aber besonders darum ein Sieg, dessen wir
uns uneingeschränkt erfreuen dürfen, weil wir ihn mit ehrlichen
Waffen errufen haben. Wir haben unsere politischen Grund-
sätze rein und unverfälscht in den Kampf getragen und rein und
unverfälscht gehen sie aus dem Kampfe hervor. Könnte der Freisinn
ähnliches von seiner Niederlage sagen, die Niederlage wäre nicht
schlimm. Der Liberalismus unterlag aber nicht in Ehren, sondern
in der Schande seiner Prostituirung aller seiner Grundsätze. Um
Stimmen zu gewinnen, bettete er vor der Thür der konservativen
Reaktion, lagbuckelte vor den Erzfeinden bürgerlicher Gleichberechti-
gung, vor den Wahlrechtszerrückern und Staatsstreiksattentätern.

Der Freisinn darf seine konservativen Freunde danken; sie haben
ihn eifrig unterstützt; durch konservativen Stimmenszufluß erreichte er
die Stimmengahl, deren Ansehnlichkeit erkaufte ist um den Preis der
politischen Ehrenhaftigkeit. Der Freisinn mag sich glücklich schätzen,
daß ihm eine Stichwahl und damit die äußerste Schändung seiner
selbst, die Opferung des letzten Restes seiner politischen
Wohlanständigkeit im Erscheinen konservativ-antisemitischer Stimmen-
spende erspart bleibt.

Der socialdemokratische Sieg sei aber auch eine Lehre für die
reaktionären Scharfmacher. Die Reaktion lauert auf günstige Gelegen-
heit, ihre verderblichen Anschläge gegen die politischen Rechte und
die wirtschaftliche Wohlfahrt der arbeitenden Klassen durchzu-
führen. Das Justizhaus-Gesetz drückt und der Absolutismus
wird die Grundrechte des Volkes zerstören. Das Volk aber erkannte
die Gefahr. Die Partei der Reaktion, das konservative
Scharfmachertum wurde vollends auf Haupt geschlagen. Der
neueste Reichskurs, der im Jähzad dahersahrend noch
in Einem sich stets gleich bleibt, das arbeitende Volk zu
knebeln und den Reichtum der Reichen, die Herrschaft der
Herrschenden mit jeglichem Mittel zu mehren — über ihn hat
das Volksgewissen gesprochen und er ist verurteilt
worden!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. April.

Der Reichstag trat heute zu seiner ersten Sitzung nach
den Osterferien zusammen. Die einzelnen Mitglieder sahen
sehr gestärkt aus, der Reichstag aber gar nicht. Es waren
nach höchster Schätzung neunzig Mitglieder erschienen, von
denen jedoch nur die wenigsten dauernd im Sitzungssaal ver-
weilten. Die Tagesordnung war keine sehr anziehende; und
das Präsidium hatte keine Eile; es verlängerte das
akademische Viertel um sein beträchtliches. Eigentlich war
die ganze Sitzung, die bloß bis vier Uhr dauerte,
nur ein erweitertes akademisches Viertel, dazu bestimmt, den
Reichstagsmitgliedern Zeit zum Sammeln für die morgige
Sitzung zu geben, wo die Beratung der Postgesetze
ansängt.

Die behandelten Fragen waren an sich ohne höheres
Interesse, und die Redner waren auch ehrlich bemüht, ihnen
ein solches nicht künstlich zu verleihen. Das ist alles, was
über die Sitzung zu sagen. —

Abgeordnetenhaus.

Das preussische Abgeordnetenhaus beschäftigte sich heute, am
ersten Sitzungstage nach den Osterferien, in zweiter Lesung mit den
Anträgen Ries (C.) und Weyerbusch (Frl.), betreffend eine
Aenderung des Kommunalabgaben-Gesetzes in
der Richtung einer Entlastung der Grundbesitzer. Die Anträge sind
in der letzten Session und auch in dieser Session wiederholt vom
Haufe beraten und schließlich einer Kommission überwiesen worden,
deren Antrag dahin geht, die beiden Anträge abzulehnen, aber
die Regierung zu ersuchen, die Gemeinde-Aufsichtsbehörden
mit Weisung zu versehen, daß in geeigneten Fällen
mehr als bisher auf eine zweckmäßige Gestaltung der
kommunalen Gebäudesteuer-Veranlagung im Wege des Er-
lasses besonderer, auf thunlichste Entlastung der kleinen
Hausbesitzer abzielende Gebäudesteuer-Ordnungen, sowie auf
Ermäßigung der Gebäudesteuer gegenüber den beiden anderen
Realsteuern hinzuwirken, auch bei Verteilung des Steuerbedarfs auf
die verschiedenen Steuerarten einer zu weitgehenden einseitigen Ver-
lastung der Realsteuern durch die Gemeinde-Organen entgegen-
zutreten sei.

Nach unbedeutender Erörterung, in der all die Klagen der Haus-
besitzer noch einmal vorgebracht wurden, trat das Haus dem Kommissions-
beschlusse bei.

Morgen fällt die Sitzung aus, damit die Parteien sich über die
am Donnerstags auf der Tagesordnung stehende Kanalvorlage
beraten können.

Ein Frage- und Antwortspiel.

Die Abendblätter berichten von einem Schreiben des frei-
sinnigen Kandidaten im zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreis,
Herrn Kreitling, an unseren Genossen Singer, in
welchem Schreibbrief der Freisinnsmann Rechenschaft fordert
über eine Rede, die Genosse Singer am Montagabend
in einer Wählerversammlung gehalten hat. Wir sind in der
Lage, unseren Lesern den Brief des Herrn Kreitling und auch
die Antwort, die darauf ergangen ist, vorlegen zu können.
Herr Kreitling schreibt:

Berlin, den 11. April 1899.

Sehr geehrter Herr Kollege!
Soeben lese ich im hiesigen „Vorwärts“, daß Sie gestern
Abend in Jähles Salon mein volksfeindliches Ver-
halten in der Berliner Stadiverordneten-Versam-
mlung geschildert haben sollen.

Ich habe eine viel zu gute Meinung von Ihrer persönlichen
Ehrenhaftigkeit, als daß ich glauben könnte, Sie hätten eine der-
artige Keuherung wider besseres Wissen gethan. Umso mehr darf
ich aber wohl von Ihnen erwarten, daß Sie der Wahrheit gemäß
im „Vorwärts“ erklären, daß dies in Bezug auf mich in keinem
Falle zutrifft.

Mit bestem Gruß

Ihr erg. Kollege

R. Kreitling.

Darauf hat der freisinnige Herr die folgende Antwort
erhalten:

Berlin, den 11. April 1899.

Geehrter Herr Kollege!

In ergebener Beantwortung Ihrer heutigen Zuschrift, teile
ich Ihnen mit, daß ich in meinem gestrigen Vortrag über die
politische Unzuverlässigkeit und arbeiterfeindliche Haltung des
Liberalismus gesprochen und betont habe, daß der Kandidat für
die journalistische und parlamentarische Tätigkeit seiner Partei
die Verantwortung übernehme und sich gefallen lassen müsse, mit
der ihn den Wählern präsentierenden Partei identifiziert zu werden.
Von der Haltung des Liberalismus in der Stadiverordneten-
Versammlung im allgemeinen auf Ihre persönliche Tätigkeit
übergehend, habe ich Ihren Antrag aus dem Jahre 1894 (Wieder-
erhebung der 2. Steuerstufe) als in grellem Widerspruch stehend
mit den Versicherungen des für Sie verbreiteten Flugblattes be-
sprochen und diesen Antrag, sowie die Haltung Ihrer Fraktion
gelegentlich der Beratung der Neueinteilung der Wahlbezirke
und der Verhandlung über die wegen Nichtertragung in die Wähler-
liste eingegangenen Einsprüche (1897) allerdings der Sache nach
als ein volksfeindliches Verhalten beurteilt, wenn ich mich auch
nicht erinnere, gerade diesen Ausdruck gebraucht zu haben.

Zu einer Erklärung im „Vorwärts“ habe ich demnach keine
Veranlassung.

Schachtungsvoß

Offentlich ist Herr Kreitling nun über seine Qualitäten
genügend aufgeklärt. Und um so sicherer nehmen wir dies
an, als ja auch der Ausgang der Wahl am Dienstag Herrn
Kreitling überzeugt haben wird, daß man in der Berliner
Bevölkerung sein politisches Wirken nicht gerade als ein volks-
freundliches betrachtet hat. —

Vorboten des ZuchtHausgesetzes

erschienen im Anhaltischen Landtag. Es ist dort ein
Gesetzentwurf eingegangen, der die landwirtschaftlichen
Arbeiter vollständig unter Gefänderecht stellt, hohe Strafen für
das vorzeitige Verlassen des Dienstes festsetzt und die zwangsweise
Wiederzuführung in den Dienst gestattet. Außerdem werden
Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr festgesetzt für die Ver-
breitung von Arbeitseinstellungen. Die in Frage
kommenden Paragraphen lauten im wesentlichen folgendermaßen:

§ 1. Landwirtschaftliche Arbeiter, welche widerrechtlich
den Antritt der Arbeit verweigern oder die Arbeit
verlassen, werden mit Geldstrafe bis zu dreißig Mark oder mit
Haft bis zu zehn Tagen bestraft. Die Bestrafung tritt nur auf
Antrag des Arbeitgebers ein. Der Antrag ist nur zulässig, wenn
er innerhalb einer Woche nach Begehung der strafbaren Handlung
gestellt wird. Die Jurisdiktion des Antrags ist zulässig.

§ 2. Wenn landwirtschaftliche Arbeiter widerrechtlich den Antritt
der Arbeit verweigern oder die Arbeit verlassen, so ist die zwangs-
weise Zuführung derselben durch die Polizeibehörde des Ar-
beitsortes auf Antrag des Arbeitgebers zulässig. Der Antrag muß
innerhalb einer Woche nach dem vertragmäßigen Antrittstage oder
nach dem Verlassen der Arbeit gestellt werden.

§ 3. Wer landwirtschaftliche Arbeiter zur widerrechtlichen Ver-
weigerung des Antritts der Arbeit oder zum widerrechtlichen
Verlassen der Arbeit verleitet, wird mit Geldstrafe bis zu
150 M oder mit Haft bis zu sechs Wochen bestraft. Derselbe ist
dem Arbeitgeber für den daraus entstehenden Schaden verant-
wortlich; er haftet neben dem Arbeiter als Gesamtschuldner.

§ 4. Landwirtschaftliche Arbeiter, welche die Arbeitgeber zu ge-
wöhnlichen Handlungen oder Zugeständnissen dadurch zu bestimmen
suchen, daß sie die Einstellung der Arbeit oder die Ver-
hinderung derselben bei einzelnen oder mehreren Arbeitgebern unter
einander verabreden, werden mit Gefängnis bis zu einem
Jahre bestraft. Die Anklagen unterliegen der gleichen
Strafe, auch wenn sie keine landwirtschaftlichen
Arbeiter sind.

Die Gesetzesvorlage kennzeichnet so recht die reaktionäre Strömung
der Zeit. Die Vorlage geht sogar weit über das bisher schon in
Preußen übliche hinaus, indem z. B. in Preußen wegen Anfechtung zur
Arbeitseinstellung nur die landwirtschaftlichen Arbeiter selbst mit Ge-
fängnisstrafe bedroht werden, während man in Anhalt auch alle anderen
Leute unter diesen Paragraphen stellen will. Die Reaktion ist nun
drauf und dran, die Vorteile auszubenten, die ihr durch die Fassung
des bürgerlichen Gesetzbuches zugeflossen sind. Unsere Partei war es
bekanntlich, die das Gesetzgebungsrecht der Einzelstaaten
auf dem Gebiet des Gefänderechts ausheben wollten. Unsere An-
träge unterlagen aber dem brüderlichen Zusammenwirken der bürger-
lichen Parteien. Und nun sollen die Arbeiter die Folgen dieser
Gesetzgebung zu schmecken bekommen.

General Galliffet

und Casimir Perier auf dem Zeugenstande.

In seiner Zeugenaussage vor dem Kassationshofe be-
kundete dem „Figaro“ zufolge der General Galliffet, er habe
von dem Verständnis des Dreyfus keine Kenntnis gehabt.
General Darras habe ihm nach der Degradation den pein-
lichen Eindruck derselben geschildert. Dreyfus habe nicht
aufgehört, seine Unschuld zu beteuern. Galliffet
gab dann Auskunft über Picquart, der ein braver Offi-
zier und unfähig sei, eine schlechte Handlung zu
begehen. Von Esterhazy sagte der General, daß seine
Beziehungen zu den Militärattachés allen bekannt
gewesen seien. Dann erzählte Galliffet von einem
Besuche des früheren englischen Militärattachés, Gene-
ral Talbot, welcher nach seiner Rückkehr aus
Aegypten zu ihm (Galliffet) gesagt habe: „Herr General,
in welche traurige Angelegenheit sind Sie jetzt verwickelt,“
und fügte hinzu: „Ich werde über die Dreyfus-Sache nicht
sprechen; ich habe Dreyfus während meines sechsjährigen
Aufenthaltes in Frankreich nicht gekannt, hingegen setzt es
mich in Erstaunen, daß Major Esterhazy sich noch in Freiheit befindet. Wir Militär-
attachés wußten alle vollkommen, daß Esterhazy uns für
ein Tausend- oder Zweitausendfrancs-Billet alles
liefern, was wir vom Kriegsministerium direkt nicht
haben konnten.“ [Galliffet erklärt dann, daß er von
dem strengen Vorgehen gegen Picquart sehr über-
zastet gewesen sei. General Jurlinden habe versprochen, zu
seinen Gunsten zu intervenieren.

Casimir Perier, der ehemalige Präsident der
Republik, führt aus: Der deutsche Botschafter kam am
1. Januar 1894 zum Ministerpräsidenten Dupuy mit einer
Depeche des Fürsten Hohenlohe und bot Dupuy,
ihm eine Unterredung mit dem Präsidenten der Republik
zu verschaffen, da die Depeche ihn aufforderte, über die Frage
mit mir persönlich zu verhandeln. Die Unterredung fand am
folgenden Tage um 1 Uhr nachmittags statt. In der be-
treffenden Depeche wurde an den Präsidenten der Republik
und an Herrn Casimir Perier persönlich die Frage
gerichtet, warum die deutsche Botschaft von den Blättern
in die Affaire Dreyfus verwickelt werde; da sie nichts
damit zu thun habe, verlange man ein formelles
Dementi. Nachdem ich die Depeche gelesen hatte, be-
merkte ich dem deutschen Botschafter, daß sein Schritt
etwas ungewöhnlich sei, da ich unverantwortliches Staats-
oberhaupt sei, und daß es normaler wäre, mit dem ver-
antwortlichen Minister, oder, wenn dieser abwesend, mit dem
Ministerpräsidenten zu verhandeln. Da aber an meine Loyalität
als Privatmann appelliert würde, hätte man es nicht mit einer
diplomatischen Affaire, sondern mit einer Frage der Loyalität
zu thun. Unter diesen Umständen solle der Botschafter alles
wissen. Ich sagte darauf, daß ein Schriftstück in der deutschen
Botschaft gefunden worden sei. Der Botschafter erwiderte,

daß ihm dies nicht möglich erscheine, daß man daselbst wohl viele Schriftstücke erhalte, daß aber kein wichtiges Schriftstück daselbst verwendet werden könne. Ich erwiderte: „Auch wir glauben, daß man in der Postkammer das Schriftstück nicht für wichtig hielt. Weder die Regierung noch ich selbst ziehen die Postkammer in die Sache hinein. Wir machen die Postkammer nicht verantwortlich für das, was man ihr zuträgt, ebenso wie wir nicht verantwortlich sind für Papiere, die man uns bringt. Aber es genügt, daß man in einer fremden Postkammer ein Dokument findet, von dem man glaubt, daß es von einem französischen Offizier herrühre, um die Schuld dieses Offiziers festzustellen.“ Da aber der Postkammer darauf bestand, daß die deutsche Postkammer in einer kategorischen Note aus dem Spiele gebracht werde, bemerkte ich, daß diese Note sich nicht allein auf die deutsche Postkammer, sondern auch auf alle übrigen Postkammern und Gesandtschaften in Paris beziehen müßte, da diese sich um so leichter getroffen fühlen könnten, wenn nur eine Nacht aus dem Spiele gesetzt würde.

Ein Telegramm des „Zeit Parisien“ aus St. Quentin meldet, daß der frühere Sekretär Henrys, der ehemalige Adjutant Lornier, infolge des Empfanges einer Depesche, die ihn nach Paris berief, Selbstmord begangen hat.

(Vorsicherung siehe auf der vierten Seite unter „Depeschen“.)

Deutsches Reich.

Der Kaiser und die Legitimität.

Der Kaiser soll, wie wir neulich berichteten, zu einem hannoverschen Abtügen geehrt haben, daß, wenn er, der Kaiser, 1866 mitzubestimmen gehabt hätte, Hannover nicht annektiert worden wäre.

Die gesamte bürgerliche Presse, die ja von Legenden und Inkonsequenzen lebt, hatte die Nachricht beglückwünscht, weil sie ihr fatal war. Wir hatten diesen Meinungen gegenüber betont: „Der Kaiser, der ein überzeugter Anhänger des Gottesgnaden-Prinzips ist, muß der Meinung sein, daß die dynastische Revolution von 1866 mit ihrer Zerstörung des Gottesgnadentums eine verwerfliche Politik gewesen sei.“

In der That, der Kaiser kann gar nicht anders denken. Jetzt schreibt denn auch das Braunschweiger Blatt, daß die Nachricht zuerst verbreitet hatte:

Der hannoversche Abtügen hat die That, daß die kaiserlichen Worte, so wie sie wiederzugeben, gefallen sind, vor Augen versichert. Wir sind in der Lage, dies nachzuweisen zu können. Auf Grund dieser vielbesprochenen kaiserlichen Versicherung kam auch der Traditionsbericht zu stande. Das Blatt will nur offiziellen Dementis gegenüber den Namen des Abtügen nennen.

Gegen das „vergünstigungssüchtige Volk“. Vor einigen Monaten wurde aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet berichtet, wie die Schlotbarone gegen die Kirmeis- und sonstige Feiern eiferten, die geeignet seien, die so kostbare Arbeitszeit in unliebsamer Weise zu unterbrechen. Jetzt hat nun, wie die „Köln. Ztg.“ schmunzelnd mitteilt, die Regierung zu Köln infolge der Bewegung zur Einschränkung der öffentlichen Lustbarkeiten den ersten Schritt gethan, eine Verringerung der Tanzlokalitäten herbeizuführen. Es ist die Anordnung getroffen worden, daß im Stadtbezirk Köln öffentliche Tanzlokalitäten nur am zweiten Sonntag und zwar alle zusammen an ein und demselben Tage stattfinden dürfen.

Das freut das Unternehmerorgan außerordentlich; die „Vergünstigungswut“ besuche die „unteren Volksschichten“ namentlich der Industriegebiete, aber auch die Landbevölkerung und in steigendem Maße die weiblichen Dienstboten würden verderben. — Es ist in der That rührend, wie besorgt das Unternehmerblatt um das „wirtschaftliche“ und „sittliche“ Wohl der Arbeiter sich zeigt. Wir werden das Blatt aller Voraussicht nach demnächst wohl noch für höhere Löhne eintreten sehen, um so das wirtschaftliche Wohl der Arbeiter zu fördern. Um die Sittlichkeit der „unteren Volksschichten“ sollte das Organ der Schlotbarone sich aber weniger kümmern, als um die der sogenannten besseren Gesellschaft.

Zur Rhein-Elbe-Kanalfrage nimmt die Breslauer Handelskammer in einer Eingabe an das Abgeordnetenhaus Stellung. In der Eingabe werden die im Interesse Schlesiens zu stellenden Ausgleichsforderungen zusammengefaßt, sowie die Notwendigkeit einer gesetzlichen Festlegung des Kompensationsgedankens betont. Die Forderungen werden in folgender Weise begründet: Wir erachten es für unbedingt geboten, daß die Forderung, daß die nachteiligen Verkehrsverhältnisse, welche für die ostdeutsche Industrie und Landwirtschaft aus dem Bau des Rhein-Elbe-Kanals erwachsen werden,

a) durch ausreichende Verbesserung der bestehenden Wasserstraßen der östlichen Provinzen, b) durch Anlage neuer Wasserstraßen beseitigt, c) durch geeignete Bahnbauten, d) durch eisenbahntarifliche Maßnahmen so weit wie möglich ausgeglichen werden, bereits im Gesetz Aufnahme finden.

Man wird nicht umhin können, die seit langem geforderte Regelung der schlesischen Gewässer (vor allem der Oder und der Neiße), sowie den weiteren Ausbau des Annalenges als berechnete Wünsche anzuerkennen.

Von einem Verbot deutscher Spielwaren in Nordamerika weiß ein hiesiges Blatt zu berichten. Danach soll der preussische Handelsminister den Handelsvertretungen mitgeteilt haben, daß in den Vereinigten Staaten von Nordamerika unter dem Vorgeben, deutsche Spielwaren wären mit giftigen Farben beschichtet, die Einfuhr derselben verboten oder doch wesentlich erschwert werden soll. Die beteiligten Kreise sind deshalb zur Erklärung über die Sachlage veranlaßt worden. — Die Nachricht ist jedenfalls mit Vorsicht aufzunehmen.

Die Postnovelle wird den Reichstag in den nächsten Tagen beschäftigen und voraussichtlich zu einer großen Generaldebatte über unsere Posteinrichtungen führen. Man wird da wohl wieder vom Bundesrathliche empfindlich betonen, daß die deutschen Posteinrichtungen die besten und billigsten der ganzen Welt seien. Wie wenig dieses Selbstlob berechtigt ist, wie selbst der Verkehr zwischen mehreren Ländern bequemer und billiger ist als der Postverkehr innerhalb des Reichsgebietes, mögen zwei Beispiele erweisen. Ein 10 Kilogramm schweres auf eine Entfernung von 151 Meilen innerhalb des Deutschen Reichs befördertes Paket kostet drei Reichsmark Porto; dagegen kostet ein gleich schweres aus der Schweiz nach Frankreich gesandtes Poststück bloß 1,20 M. Porto, nach Luxemburg kostet das gleich schwere Paket aus der Schweiz 1,52 M. und nach Belgien 1,68 M. Im internationalen Verkehr, auch aus und nach Deutschland, ist die Beförderung von Manuskripten zur Druckschicht gesteuert, innerhalb der Grenzen des Deutschen Reichs ist dies unterlagt! Besonders rühmlich ist dieser Vergleich für die deutsche Postverwaltung nicht.

Haftung der Postverwaltung für Versehen ihrer Beamten. Das Präsidium des Deutschen Handelskongresses hatte an das Reichspräsident eine Eingabe, betreffend die Haftung der Postverwaltung für Versehen ihrer Beamten, gerichtet. Der Staatssekretär v. Bobdelski hat hierauf geantwortet:

„Dem vorliegenden Wunsch gemäß habe ich die Frage, ob die Reichspostverwaltung beim Abschluß von Abkommen wegen Präfung der Empfangsberechtigung der Adressen von Postsendungen die Verpflichtung für Versehen ihrer Beamten übernehmen könne, eingehend erwogen. Bei aller Bereitwilligkeit, dem Publikum, insbesondere dem Handelsstande, entgegenzukommen, muß aber die Reichspostverwaltung mit Rücksicht auf das Ergebnis der stattgefundenen Erörterungen die Erfahrungsbedingung auch ferner ab-
lehnen.“

Die oberflächliche Bildung der Jährliche. In einem Befehle des Kaisers an die Generalinspektion des Militär-Erziehungs- und Bildungswesens werden verschärfte Prüfungsbestimmungen für Kadettenjunker und Jährliche gefordert. Es habe sich eine recht oberflächliche allgemeine Bildung der aus Vorbereitungsanstalten hervorgegangenen Prüflinge ergeben.

Eine tröstliche Mitteilung hat im gemeinschaftlichen Landtag für die Herzogtümer Koburg-Gotha der Minister den Landboten gemacht. Er gab bekannt, daß die Thronfolge so geregelt sei, daß nach dem Tode des jetzigen Herzogs der englische Herzog von Connaught an die Regierung kommen werde. — Die guten Wähler von Koburg-Gotha konnten also ruhig sein, es ist dafür gesorgt, daß sie weiter regiert werden.

Der Druck der Militärbehörde auf die Fälle besitzenden Wirte wird nicht nur von den benachteiligten Parteien, sondern auch von den Saalbesitzern selbst als eine ungerechtfertigte Maßregel empfunden. Die Thüringer Hone des „Deutschen Gastwirts-Verbandes“ hielt jüngst in Weimar a. D. eine Versammlung ab, in welcher die anwendenden Vertreter über die durch den auf die Lokale gelegten Militärkonkurrenz bewirkte Geschäftsschädigung lebhaft Klage führten. Es kam ein Beschluß dahin zu stande, die Militärbehörde zu ersuchen, während der Wahlen zum Reichstag Lokale, in denen Versammlungen aller Parteien stattfinden, nicht zu verbieten.“ An dem Erfolg des Antrages kann gezweifelt werden. Die Erfahrung hat gelehrt, daß zur Bekämpfung der Sozialdemokratie kein Mittel so schlecht ist. Die Petitionen werden den üblichen Weg gehen und den zuständigen Behörden nicht eher geholfen werden, bis sie ihrerseits den Militärbehörden ihre Fälle verweigern.

Mit der antisemitischen Partei — so wird uns aus Dresden geschrieben — geht es in Sachsen immer schneller bergab; das kommt vor allem im Stand der antisemitischen Presse zum Ausdruck. Das in Dresden erscheinende Organ „Die Wacht“ hat im verflochtenen Jahre wieder einen Geschäftsverlust von 186 000 M. bei einem Aktienkapital von 239 400 M. zu verzeichnen. Das reine Vermögen ist bis auf reichlich 52 000 M. zusammengeschrunken. Und das, trotzdem an Gehältern, Redaktionskosten etc. bis aufs äußerste gespart worden ist. Der Abonnentenschwund ist seit drei Jahren chronisch, die Abonnementgebühren sind von 65 000 M. auf 49 000 M. gefallen. Bei Umwandlung des Unternehmens in eine Aktiengesellschaft sind seiner Zeit den Aktionären goldene Verge versprochen worden. Man hat nun zwar beschlossen, noch eine Weile fortzuwirken. Nach Lage der Sache ist das Eingehen der „Wacht“ aber nur noch eine Frage kurzer Zeit. Damit haben dann die Antisemiten als Partei völlig abgedant.

Spionitis. Wegen Verdachts der Spionage ist verflochtenen Woche der angeblich in Köln geborene Fabrikarbeiter Friedrich Günther in Diebshofen (Lothringen) durch die Polizei verhaftet worden. Da die Behörden an der lothringisch-französischen Grenze notorischerweise an chronischer Spionitis leiden, brandt man die obige Nachricht nicht sofort besonders troigisch zu nehmen.

Die „Unstürzer“ an der Arbeit.

Die Verwaltung der etwa 15 000 Mitglieder umfassenden allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Straßburg i. E. befindet sich seit Beginn des Jahres 1897 in den Händen der organisierten Arbeiterschaft, nachdem bei den damaligen Wahlen die von sozialistischer Seite aufgestellten Listen für die Wahl der Vertreter in der Generalversammlung auf der ganzen Linie siegreich geblieben waren. Vorsitzender der Kasse ist seit der Schriftsteller Reichert, der von der sozialistischen Mehrheit der Vertreter-Versammlung in dieses Amt berufen wurde. Nunmehr liegt der erste Rechenschaftsbericht der neuen Verwaltung, das Geschäfts-jahr 1898 umfassend, vor, und es ist für die organisierten Arbeiter allerorts von hohem Interesse, zu erfahren, in welcher Weise die bürgerliche Presse sich über die von unseren Parteigenossen in der Verwaltung des genannten großen Kasseninstituts einhaltete Thätigkeit ausdrückt. Die „Straßburger Neuesten Nachrichten“, ein der Sozialdemokratie durchaus feindlich gegenüberstehendes Blatt, faßt ihr Urteil hierüber dahin zusammen:

„Das Prinzip der Oeffentlichkeit bezugl. den Arbeitgebern und Mitgliedern der Kasse Rechenschaft über seine Amtsthätigkeit abzugeben, ist erst mit dem jetzigen Vorstand in die Kasse eingezogen. Dabei zeigt eine Vergleichung der Rechenschaftsberichte von 1897 und 1898, daß der jetzige Vorstand selbst auch auf diesem Gebiete ein tüchtiges Stüd vorwärts geschritten ist. Aus dem jüngsten Bericht weht dem Leser ein Hauch des fortschrittlichen Geistes entgegen, von dem sich der Vorstand in den zwei Jahren seiner Amtsthätigkeit stets hat leiten lassen. Zusammenstöße oder andere Unzulänglichkeiten, die hier und da vor zwei Jahren beschränkt wurden, sind nicht vorgekommen. Die Entwicklung der Kasse zeigt vielmehr, daß in der Arbeiterschaft ein reicher Fonds geistiger und moralischer Fähigkeiten enthalten ist. Mit ganz besonderer Wärme müssen wir des Vorstehenden der Kasse, des Herrn Reichert, gedenken. Er hat nicht nur mit Scharfblick den Punkt erkannt, wo die Reformthätigkeit einzusetzen habe, sondern er hat auch alle die zweckmäßigen Reformen erdacht und mit unermüdlichem Eifer an ihrer Durchführung gearbeitet. Von dem günstigen Stand der Kasse überzeugen und nicht nur ihre hohen Leistungen, sondern vor allem auch ihre ausgezeichneten finanziellen Verhältnisse. Die Kasse hat im Jahre 1898 einen so hohen Ueberschuß erzielt, wie es noch in keinem der früheren Jahre der Fall war. Das Geseh schreibt vor, daß dem Reservefonds 10 Proz. der Beiträge zuzuführen sind; in Wirklichkeit konnten ihm im Jahre 1898 sogar 21 Proz. = 61 280 M. überwiesen werden. Die Thatfache, daß die Straßburger Ortskrankenkasse bei so niedrigen Beiträgen so hohe Leistungen gewährt, und daß die Finanzen vor 2 Jahren recht schlecht standen, lieh bei der Aufsichtsbehörde die Beförderung auskommen, es löme zu einer Katastrophe in der Kasse kommen. Sie legte dem neuen Vorstand deshalb eine Erhöhung der Beiträge resp. eine Herabsetzung der Leistungen nahe. Der Vorstand ersuchte um eine Frist. Diefelbe wurde gewährt. Es gelang ihm, in den zwei Jahren das erwähnte brillante Ergebnis zu erzielen. Die Gefahr einer Beitrags-erhöhung ist damit beseitigt.“

Was sagen die Scharfmacher, die jede freie Regung der Arbeiterschaft niederhalten und an deren Stelle die Bevormundung durch Polizei und Unternehmertum setzen wollen, zu dieser Anerkennung der praktischen Thätigkeit der „Unstürzer“ aus gegnerischem Munde?!

Ausland.

Die Lage in Finnland

wird immer ernster. Nachdem der Fluch der russischen Regierung, das Land in aller Stille und ohne Rücksicht auf juristischen Schein wegen seiner Rechte zu berauben, schmählich mißglückt ist, beginnt man nun nach und nach mit Repressalien.

Ganz unerwartet wurde am 4. April d. d. größten Blätter schwedischer Sprache in Helsinki, der „Nya Pressen“ und „Aftonposten“ das Erscheinen auf resp. zwei und einen Monat untersagt, wie wir bereits telegraphisch gemeldet haben. Diese Verfügung wurde ohne Angabe von Gründen durch ein etwa zwanzig-jähriges Schreiben des vom Gouverneur Bobritsch eingesehenen und persönlich geleiteten „Censurkomitees“ den Redaktionen der beiden Blätter mitgeteilt. Eine imposante Demonstration des Volkes war die Antwort auf diese freche Gewaltthat. Trotz der späten Nachmittags, zu der die Sache in der Stadt bekannt wurde, sammelte sich eine mehrtausendköpfige Menge vor den Wohnhäusern der Chefredakteure der beiden Blätter und brachte denselben stürmische Ovationen dar. Und tags darauf regnete es Sympathieelektricität an die beiden Blätter von allen, selbst den entlegensten Teilen des Landes.

Interessant ist, wie mit den Telegrammen, welche diese Sache an das Ausland melden sollten, in St. Petersburg verfahren wurde. Sowohl die Abfender einer Depesche an den in Rom tagenden Journalistenkongreß sowie andere Personen, welche über die Sache

an ausländische Blätter telegraphierten, wurden tags darauf durch Diensttelegramm verständigt, daß die Censur in St. Petersburg alle Worte, welche die Demonstrationen erwähnten, einfach — gestrichen hatte.

Während man hier also die Presse, welche doch hauptsächlich nur den Kampf gegen die russischen Hegeblätter führte, mit solch brutalen Mitteln knebelt, gestattet man der „Kowoje Wremja“, dem „Swjät“, der „Moskowskija Wjedomosti“ etc. ruhig mit ihren lächerlichsten Angriffen auf Finnland und die Finnländer fortzufahren. Besonders erfür, das Schmutzblatt des Herrn Suworin, dessen niederträchtige Falschung in der Studentenfrage selbst das kolossale Maß russischer Publikumsgebuld zum Ueberlaufen brachte, hat besonders zur Zeit der Anwesenheit der Massen-Deputation in frechen Lügen wieder ein überiges geleistet, wohl wissend, daß „doch immer etwas hängen bleibt“, besonders durch Uebertragungen in die ausländische Presse. Eine solche Lüge der „Kowoje Wremja“ fand leider auch in Form einer telegraphischen Censur den Weg in unser Blatt. Es hieß dort: Der „Kowoje Wremja“ zufolge löme die Deputation (die aus Vertretern für die 600 Kommunen Finnlands bestand) keinen Anspruch auf die Bezeichnung „Deputation“ machen, da sie weder Vollmacht noch eine Aufforderung oder Erlaubnis des — Generalgouverneurs Bobritschoff (Sowol „Aufforderung“ als auch „Erlaubnis“). Er russischen Exzellenz fehlten der Deputation freilich, aber von der Mission, unterzeichnet von 522 931 Finnländern, erwähnt die schlaue „Kow. W.“ kein Sterbenswörtchen, denn diese gilt sogar in ihren schiefen Augen als genügende Vollmacht.

Das Ende der Deputation, sowie die kräftigen Worte, welche der Führer derselben, Konful Wolff, an den Minister-Staatssekretär richtete, sind bereits auch im Auslande bekannt geworden. Es ist aber freilich zweifelhaft, ob man über eine Frage wie seine: „Ist Sr. Majestät wirklich so reich, daß er eines Volkes Liebe und Ergebenheit so ohne weiteres wegwerfen kann?“ überhaupt nachdenken wird.

Die Petition wurde inzwischen auf dem vorgeschriebenen bureaukratischen Wege bei den einzelnen Distrikts-Gouverneuren eingereicht, um durch den Generalgouverneur an den Thron geleitet zu werden. Es ist aber nicht unmöglich, daß sich die Niesenpetition auf diesem langen Wege noch zu dem bekannten Niesenkranken der Finnländer gesellen wird. Bekanntlich ist dieser Kranke, der an das Grab Alexanders II. nach Petersburg geschickt worden war, aus der strengsten (von russischen Truppen) bewachten Peter Paulskirche auf äußerst mystische Weise verschwunden.

Das Verbot an Zeitungen, erscheinen zu dürfen, gültig für eine vom Gouverneur beliebig zu bestimmende Zeit gehört in Finnland schon seit langem zu der gefährlichsten Geißel der Presse. In Finnland jedoch, ist dies der erste Fall, daß ein so barbarisches Mittel der Presse gegenüber angewendet wurde. Da sich die unterdrückten Blätter keinerlei Angriff auf die Regierung zu schulden kommen ließen, was ja auch unmöglich gewesen wäre, so kann daselbst das Schicksal jeden Augenblick auch die beiden großen finnischen Tagesblätter in Helsinki, „Aust Suometar“ und „Päivälehti“ sowie die nun einzig übrige schwedische Tageszeitung der Hauptstadt, das „Hufvudsbladet“ treffen. Doch wenig werden die Herren in Petersburg damit anrichten; das finnische Volk ist hundertmal so zähe als sie. Bereits jetzt hat man sich im Publikum darüber geeinigt, den beiden vergewaltigten Blättern sowohl Abonnements- als auch Insertionsgebühren auch weiterzubezahlen für die Zeit des Verbotes. Das Volk ist im Stande und thut daselbst auch für seine übrigen Blätter, wenn alle daselbst Schicksal treffen sollte; aber jedenfalls hat dann Generalgouverneur Bobritschoff das Vergnügen nach „berühmten Russen“ nach Petersburg zu telegraphieren: „In Finnland ist alles ruhig!“ Nur durch die Strafen sprengende Skafalen fehlen bald noch um das bekannte Bild Rowalskis aus dem Worschauer Straßenleben zu schaffen. Von Spionen, zu denen besonders die sog. „Tartaren“ angewendet werden, wimmelt es ordentlich, besonders in den kleineren Städten, doch ist das Volk für dies plumpe Gefindel zu züg.

Einige dieser laubenden Helfershelfer der russischen „Reformpläne“ hat man festgenommen, als sie eben eine obscure „Protestadresse“ an den Jaren von — Schulungen gegen ein Entgelt von 50 Renni per Namen unterschreiben lassen wollten. Die Adresse enthielt einen Protest gegen die Niesenpetition und versichert den Jaren der vollsten Zufriedenheit des finnischen Volkes mit dem Geschehenen und dem noch zu Erwartenden, aber hier scheinen selbst die Schulbuben der osländischen Schamheit überlegen zu sein, denn gerade sie veranlaßten die Festnahme der Werber.

Im Hinblick auf die semophobe Bewegung in England beeifern sich die panslawistischen Blätter, „Kow. W.“ natürlich wie immer an der Spitze, den Finnen Warnungen zu erteilen, die trotz der Ueberschrift „Gutgemeint“ Verächtlichkeiten auf's Haar gleichen. Man klammert sich dort natürlich wenig um die Proteste einer großen Zahl in Finnland wohnender Russen, die gegen ein derartig schmähliches Vorgehen öffentlich auftraten. Die mehrfach erwähnte „Suworinsche Zeitung“ rief jüngst mit lächerlichem Pathos in die Welt hinaus: „Die Finnen treiben ein gefährliches Spiel.“ aber die Presse des Auslandes wird derartige Spiegelreflexe richtig zu verstehen wissen. Umgekehrt, Herr Suworin, Ausland treibt ein gefährliches Spiel, entzieht es sich nicht bald dem Einflusse fanatischer Ignoranten von Bobedonozerschem Schrot und Korn, abenteuerlicher Kammergenerale mit einem von vielen Seiten bemangelten Vorleben à la Bobritschoff, und gewissenloser Regjournalisten von Suworinscher Schule. Cassius.

Oestreich-Ungarn.

Die deutschen Abgeordneten, die sich dem vor kurzem eröffneten böhmischen Landtage ferngehalten hatten, haben der „Böhmischen Ztg.“ zufolge vom Oberlandmarschall eine Aufforderung erhalten, binnen 14 Tagen im Landtage zu erscheinen oder ihre Abwesenheit zu rechtfertigen.

Schweiz.

Jülich, 10. April. (Eig. Ber.) Der gestrige Wahltag hat den Sozialdemokraten nicht den Erfolg gebracht, den man erwartete, obwohl die erreichten Resultate immerhin noch annehmbare sind. Von 28 in 10 Wahlkreisen aufgestellten sozialdemokratischen Kandidaten wurden 16 gewählt und zwar 10 in der Stadt Jülich, 4 in Winterthur, je 1 in Dersikon bei Jülich und Töb-Wülflingen bei Winterthur. Die Gewählten sind Rational- und Stabial Vogelsanger, Schrift-seher Kern, Sekundarlehrer Wiber, Kaufmann Schwarber, Korrektor Fröhlich, Pfarrer Wülfert, Schriftsteller Seidel, Schriftlicher Hülfker, Schriftsteller Bonnell, Schriftlicher Sutter, alle in Jülich; Redakteur Dr. Huber, Friedensrichter Berner, Advokat Dr. Benz und Pfarrer Reichen in Winterthur, Bezirksrichter Lang in Dersikon und Redakteur Reiter in Töb. Der Gewinn beträgt 8 Vertreter. Leider ist Genosse Grenlich unterlegen, desgleichen Professor Erdmann etc. Eigentlich ist Grenlich gewählt, desgleichen ein weiterer Genosse in Jülich und 2 in Winterthur, indem sie mehr Stimmen als das absolute Mehr erhielten, aber überzählig sind. Unser Genosse Ernst, von den Liberalen aus Revanche angefochten, und der Liberale Kägel, von den Sozialdemokraten bekämpft, wurden in die Regierung wiedergewählt, erhielten aber mit 85 039 resp. 89 270 die wenigsten Stimmen; das absolute Mehr betrug 24 000.

Frankreich.

Paris, 10. April. Der Generalstabschef der Marine Admiral Admiral de Cuverville hat, wie der „Soir“ meldet, infolge Meinungsverschiedenheiten mit dem Marineminister Loctroy seine Entlassung genommen.

Spanien.

Madrid, 10. April. Die Königin-Regentin unterzeichnete ein Dekret, durch welches ein Kredit zur Bezahlung der Zinsen und zur Amortisierung der Philippinenschuld gefordert wird.

Türkei.

Konstantinopel, 11. April. Wie hier verlautet, ist der frühere Kommissar der „Dette Publique“, Mr. Rab Bey, welcher wegen jugendlicher Gesinnung ins Ausland geschickt war, später aber wieder zurückkehrte, in diesen Tagen mit seiner Familie verhaftet worden.

Asien.

Die deutsche Strafexpedition. Aus Peking meldet das Bureau Reuters vom 10. April: Die deutschen Truppen haben Tschangsu nicht betreten, sind aber bis in die Nähe der Stadt vorgedrungen. Jetzt sind sie auf dem Rückwege begriffen, nachdem sie drei in der Umgegend gelegene Dörfer, in welchen Angriffe auf die Deutschen vorgekommen waren, zerstört hatten. Den Ort Tschangsu halten die Deutschen dagegen noch besetzt. Man glaubt, daß die Angelegenheit damit tatsächlich beendet sei. Die Deutschen würden die Wahrung ihrer bisherigen Maßnahmen abwarten. Wenn sich ein Erfolg zeige, würden keine weiteren Schritte unternommen werden. Die Deutschen seien jedoch entschlossen, dem jetzt herrschenden Geiste der Gefügigkeit Einhalt zu gebieten. Es scheint so, als ob die Bevölkerung in ihrem Verhalten von den Ortsmandarinen bestärkt werde.

Ein englisch-chinesischer Zwischenfall. Die den Times am 10. d. M. aus Peking gemeldet wird, sind die chinesischen Seesoldaten durch die Regierung in Hongkong davon in Kenntnis gesetzt worden, daß alle Zollämter in dem erweiterten Gebiet von Kaulung am 17. April ihren Dienst einzustellen haben. China hat, indem es dieses Vorgehen als ein willkürliches bezeichnet, eine Frist von sechs Monaten verlangt, um die notwendigen Anordnungen zu treffen.

Vom philippinischen Kriegsschauplatz. Nach einem Telegramm des Generals Otis vom 11. April wurde die rückwärtige Bahnverbindung des Generals Mac Arthur gestern nach dem bedeutenden Streikkräften der Insurgenten angegriffen. Letztere wurden jedoch von dem General Otis mit schweren Verlusten zurückgeschlagen. General Otis verlor dabei drei Tote und 20 Verwundete.

Australien.

Die Tonga-Inseln, südwestlich vom Samoa-Archipel, sind in aller Stille unter englische Vormachtigkeit gebracht worden. Die Times teilen aus Melbourne mit: Privatnachrichten aus Tonga zufolge haben der Kapitän des englischen Kreuzers „Lauranga“ und der englische Vizekonsul kürzlich ein Abkommen mit dem König der Tonga (Freundschafts-) Inseln Georg II. abgeschlossen. Danach verpflichtet sich der König, seine Subverbidrechte nicht auszuüben, noch irgend einen Teil des Königreichs der Tonga-Inseln an eine fremde Macht abzutreten, zu verkaufen oder zu verpfänden. England verpflichtet sich dagegen, die Unabhängigkeit des Königreichs zu garantieren.

Amerika.

Die aus Kuba geflüchten Amerikaner werden mit dem Dampfer „Romani“, der 1900 Särge an Bord hat, in ihr Vaterland zurückgebracht.

Zu der Abrüstungskonferenz wird aus dem Haag vom 10. d. M. gemeldet: Die hier zusammentretende Konferenz wird sich ausschließlich mit den im zweiten russischen Rundschreiben aufgeführten Fragen, sowie mit denjenigen beschäftigen, welche sich auf die im Rundschreiben vom August 1898 entwickelten Ideen beziehen. Unbedingt ausgeschlossen sollen alle Besprechungen solcher Art sein, welche auf die politischen Beziehungen der Staaten zu einander oder auf die durch Verträge geschaffene Ordnung der Dinge Bezug haben. Jede vertretene Macht wird nur eine Stimme haben.

Parlamentarisches.

Die Geschäftsverteilung im Reichstage ist vom Präsidenten dahin getroffen worden, daß zunächst die vom Reichspostamt ergangenen Vorlagen, wie die Novelle zum Postgesetz, die Fernsprechnetzordnung und das Telegraphengesetz zur ersten Beratung gestellt werden sollen. Dann soll der Gesetzentwurf, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischschau, zur Beratung gelangen.

Aus England.

London, den 8. April.
Am Montag und Dienstag nach Ostern tagte in Leeds der siebente Jahreskongress der Unabhängigen Arbeiterpartei Großbritanniens. Die Konferenz war von 85 Delegierten besucht und sahte folgende Beschlüsse:

1. Um Verpönderung der Kräfte und Mittel zu vermeiden, soll die Partei bei der nächsten allgemeinen Parlamentswahl sich auf die Auffstellung von 25 Kandidaten beschränken: je 4 für Schottland, Lancashire und Yorkshire, je 8 für die Mittel-Grafschaften und West-England, je 2 für den Nordosten, London und den Süd-Distrikt, und einen für die Ost-Grafschaften.

2. Die Partei soll den Wahlkampf durchaus unabhängig von den alten Parteien führen. Ueber ihr Verhalten zu diesen in Kreisen, wo kein Socialist kandidiert, bestimmt der Nationale Vollziehungs-Ausschuß. Eine Resolution, welche für solche Kreise strikte Wahlenthaltung vorschreiben wollte, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

3. Die Partei soll ihr möglichstes aufbieten, bei Gemeinde- und Parlamentswahlen mit den Gewerkschaften, Genossenschaften und Socialisten anderer Richtung Hand in Hand zu gehen.

4. Der Vollziehungs-Ausschuß der Partei wird beauftragt, mit der Socialdemokratischen Föderation wegen Abschluß eines Bundesvertrages in Unterhandlung zu treten. Dieser Beschluß ward mit 84 Stimmen gegen 29 Stimmen angenommen, die für völlige Verschmelzung mit der socialdemokratischen Föderation abgegeben wurden. Von Vertretern des Mehrheitsbeschlusses wurde betont, daß, wenn auch die Ziele beider Organisationen die gleichen seien, doch in Temperament und Methoden noch Unterschiede obwalteten und es daher zur Zeit besser sei, sich bloß zu fördern, statt völlig ineinander aufzugehen.

5. Zum Vorsitzenden des Partei-Ausschusses ward einstimmig Herr Gardie wiedergewählt. In Zukunft soll indes niemand länger als drei Jahre hintereinander dies Amt bekleiden dürfen. Die anderen Mitglieder des Partei-Ausschusses sind: Bruce Claxter, W. Snowdon, Russell Smart, J. M. MacDonald, J. Parker, Jos. Durack.

Die Konferenz sandte ein Glückwunschkommuniqué an die belgischen Socialisten zur Einweihung des neuen Brüsseler Volkshauses und sprach dem gleichzeitig tagenden britischen Lehrerkongress ihre Sympathie aus. Sie sahte ferner eine Resolution gegen Kriege und für den Bund der Völker und hielt am Montag Abend ein stark besuchtes Konzert ab. Die Eröffnungsrede leitete Gardie's konstatirte große Erfolge der Partei bei den Wahlen für die Selbstverwaltungskörper.

Drei Tage vor der Konferenz der Arbeiterpartei trat in der gleichen Stadt Leeds eine Konferenz von Arbeitern und Socialisten, die Mitglieder von Sozial- und Arbeitervereinen (Gemeinde-, Armen- und Schulräte etc.) sind, zusammen. Ihr Zweck war freundschaftliches Aussprechen über gemachte Erfahrungen und zur öffentlichen Erörterung stehende Vorschläge. Von verbindenden Beschlüssen wurde abgesehen, dagegen fehlte es nicht an lebhaften Debatten.

Gleich das Einleitungsreferat des bekannten Fabianer Sidney Webb, dem der Vorsitz übertrugen worden war, über die Aufgaben der Arbeitervertreter in Gemeinderäten gab zu einem solchen Anlaß. Webb führte darin u. a. aus, daß die Socialisten verlehrt handeln, wenn sie sich auf die Herabdrückung der Gehälter der höheren Beamten verlegen. Die Gemeinderäte hätten darauf zu achten, für jeden Posten die möglichst tüchtigste Kraft zu gewinnen, und das könnten sie nur, wenn sie den Standardlohn des Marktes für die betreffende Leistung zahlten. Dieser Auffassung gegenüber ward von Mitgliedern der Socialdemokratischen Föderation und der Unabhängigen Arbeiterpartei geltend gemacht, daß die Arbeitervertreter sich nur um die Interessen der Arbeiter zu kümmern hätten.

Während und die höher bezahlten Leute ihre Sache selbst ausfechten zu lassen hätten. Sie seien im Prinzip gegen die hohen Bezahlungen, wie sie heute Sitte seien. Mehr im Sinne Webb's sprachen A. Woodhouse von der Unabhängigen Arbeiterpartei und der Arbeiter W. Crooks, Mitglied des Londoner Grafschaftsrats, der unter allgemeiner Heiterkeit einführte, daß er heute im gleichen Ort (Weylar, Ost-London) Vorsitzender des Armenrats sei, wo er im Jahre 1881 ins Armenhaus gewählt wurde. Nicht mindere Heiterkeit erregte das sozialistische Gemeinderats-Mitglied für West Ham, Godbold, mit der Bemerkung, die Arbeitervertreter in West Ham hätten im dortigen Gemeinderat ihr ganzes Wahlprogramm durchgeführt und litten jetzt an Programm-Rot.

Hast alle Delegierte erklärten die gesetzlichen Vollmachten der Sozialverwaltungen für durchaus ungenügend. Die Erweiterung der Gemeindevollmachten sei eine der dringendsten Vorbedingungen für eine erprießliche Ausdehnung der Gemeindegewalt.

Hinsichtlich der Frage des Alkoholismus fand ein Referat des sozialistischen Gemeinderats Johnston von Manchester, der auf Municipalisierung des Schankwesens hinarief, allgemeine Zustimmung. Desgleichen hinsichtlich der Altersversicherungsrage das Referat von W. Crooks, das in den bekannten Vorschlägen des Statistikers Booth gipfelte.

Nachdem am ersten Tage festgelegt worden, daß der Vormittag von Leeds es für unter seiner Würde gehalten, der Konferenz seine Aufwartung zu machen, empfing sie am zweiten von ihm einen Brief, wo er sein Ausbleiben mit der ungeeigneten Zeit der Konferenz entschuldigte.

Vorgestern haben in Irland die ersten Wahlen zu den neuen irischen Grafschaftsräten stattgefunden. Mit ganz wenigen Ausnahmen sind die Landlords und Unionisten total auf's Haupt geschlagen. In den drei katholischen Provinzen sind fast nur Nationalisten gewählt worden, und im westlichen Ulster haben sie ebenfalls die erdrückende Mehrheit. Nur das nordöstliche Ulster bildet noch eine unionistische Weste, zwei bis drei von im ganzen 32 Grafschaften. Die Wahlen haben ein viel größeres Interesse erregt als die vorhergegangenen Wahlen zu den Gemeindegewalten. Sie wurden überall nach politischen Parteisichtungen ausgefeilt, und der gewaltige Sieg der Nationalisten kann nicht verfehlen, der Forderung nach einem irischen Nationalparlament erhöhtes Gewicht zu verleihen. So kommentieren auch die englischen Liberalen die Wahl, während die Konservativen geradezu verblüfft sind. Die irischen Nationalisten, zwischen denen seit längerer Zeit Verhandlungen auf Wiedervereinigung der Partei im Gange sind, haben die Sozialverwaltungsreform der Regierung bereitwillig als Abblagszahlung angenommen, ohne sich aber im geringsten zum Verzicht auf mehr bewegen zu lassen. Es wird erwartet, daß die nationalirischen Grafschaftsräte bei der ersten Gelegenheit für Home Rule demonstrieren und auch später keine Gelegenheit vorübergehen lassen werden, seine Notwendigkeit zu begründen. Die erwähnten Wiedervereinigungsverhandlungen sind soweit gediehen, daß auf einer der letzten Tagen abgehaltenen Konferenz die Vertreter der beiden stärkeren Fraktionen — die Dilloniten und die Dealyten — sich bereit erklärten, den Vorsitz der gemäßigten Partei einem Vertreter der kleineren Fraktion, der sogenannten „Independents“ oder „Redmond-Partei“, zu überlassen. Diese letzteren stellen sich nämlich der Vereinigung noch ziemlich spröde gegenüber, ohne jedoch sie schlechtweg abzuweisen.

Partei-Nachrichten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Staatsreiter an der Arbeit. Am Sonntagvormittag wurden beim Vertrauensmann der socialdemokratischen Partei und beim Bevollmächtigten der Einzelmitglieder des Verbandes der Steinarbeiter in Reg. Hausungen abgehalten. Bei ersterem wurden beschlaghaft: eine Nummer unserer reichslandischen Partei-Organ, der Straßburger „Freien Presse“, ein socialdemokratisches Niederbuch, eine alte Einladung zu einer Privatversammlung und ein Malteier-Abzeichen. Bei letzterem beschlaghaft man eine Nummer der „Freien Presse“, mehrere Gewerkschaftsblätter und einige unbedeutende Korrespondenzen. Gewiß ein mageres Ergebnis, welches kaum dazu angethan sein dürfte, unsere Schärfermacher um Stimm zu befriedigen.

Zu 50 M. Geldstrafe wurde der verantwortliche Redacteur der „Mittl. Post“, Genosse Schmid, verurteilt, weil er einen Münchener Stadtwater beleidigt haben soll.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Der Ausstand der Arefelder Weber.

Nachdem die Einigungsverhandlungen vollkommen gescheitert sind, hat der Vorsitzende der socialen Kommission, der bisher die Unterhandlungen mit beiden Seiten leitete, in der Stadtvorordneten-Sitzung sich äußerst mißbilligend über die Haltung der ausständigen Arbeiter ausgesprochen. Er machte socialdemokratische Einflüsse für die Haltung der Arbeiter verantwortlich und bezeichnete die Thätigkeit einiger Personen als eine hegerische. Wir glauben, daß nichts ungerechtfertigter ist, als dieser Vorwurf, denn bei den Lohnindifferenzen haben socialdemokratische Einflüsse keine Rolle gespielt. Wir können aber nicht umhin, das Verhalten des Herrn Dr. Vertam als einseitig zu bezeichnen. Nach seinen eigenen Angaben wirkte er dahin, daß die Firma Pelzer, die bereit war, einen für die Arbeiter annehmbaren Frieden zu schließen, sich wieder der Bedingungen des Fabrikantenbundes fügte. Herr Dr. Vertam mag mit seiner Vermutung recht haben, daß dann unter den Fabrikanten eine Uneinigkeit eingetreten wäre, aber das zu behaupten war nicht Aufgabe der socialen Kommission; ebensowenig mußte ihr daran gelegen sein, die Uneinigkeit in Arbeiterkreisen zu fördern. Daß bei dem Nachgeben der Firma Pelzer die Arbeiter in ihrem Verlangen weiter gegangen wären, wie Herr Vertam annimmt, erscheint nicht gerechtfertigt, denn die Bedingungen für eine Vereinbarung waren von den Arbeitern getroffen und übertragener nicht die, welche die Firma Pelzer gewährte. Es war also nicht einzuwenden, warum es einer großen Zahl von Arbeitern durch das Dazwischentreten der socialen Kommission verwehrt wurde, die Arbeit aufzunehmen. Im Interesse des Friedens lag es gewiß, dieses Streben der Arbeiter zu unterstützen; und wenn durch das Nachgeben der Firma Pelzer ein Druck auf die anderen gesetzt wurde, damit auch diese sich auf gleicher Basis mit den Arbeitern einigten, so wäre das nicht zu bedauern gewesen.

Die sociale Kommission hat mit ihrem Vorgehen leider das Vertrauen der Arbeiter herabgerufen und die Erregung gesteigert. Dieser Stimmung gab auch eine Versammlung Ausdruck, die am Sonntag, von 2000 Personen besucht, in Arefeld tagte. Wäre im Fabrikantenstreifen nicht ein übermächtiger Terrorismus vorhanden, der sich besonders gegen die Firma Pelzer wandte und diese unter Androhung von Zwangsmaßnahmen veranlaßte, von der Verabredung mit den Arbeitern zurückzutreten, dann wäre der Streik längst beendet. Denn nicht darum handelt es sich, ob die Fabrikanten die geringe Lohnforderung bezahlen können, sondern sie wollen die Arbeiter unter ihre Vormachtigkeit bekommen. Diese Absicht werden sie aufgeben müssen, sonst kann weder jetzt noch für die Dauer ein gebräuchliches Arbeitsverhältnis entstehen. Mögen deshalb die deutschen Arbeiter weiter wie bisher ihre bedrängten Brüder unterstützen.

In Neu-Ruppin befinden sich die Zimmerer im Ausstand. Sie fordern zehnstündige Arbeitszeit und 35 Pf. Stundenlohn.

Zuzug von Tagelirern ist nach folgenden Städten fernzuhalten: Dresden, Nürnberg, Stuttgart, Bielefeld, Dortmund, Kiel, Halle und München.

Die Stellmacher in Hannover befinden sich um die Erziehung eines Minimallohnes von 18 M. im Streit.

Die Lohnbewegung der Brauer in Hamm l. W. hat zu dem Erfolg geführt, daß 26 M. Minimallohn und ein Tarifvertrag

auf zwei Jahre glatt von den Unternehmern bewilligt worden ist. — Auch in Hannover sind die Verhandlungen der Kommission der Brauerer-Arbeiter mit der Kommission des Vereins der Brauerer zu Gunsten der Arbeiter verlaufen. — In Frankfurt a. M. dauert der Brauererstreik fort. Der Postort wird von den Arbeitern mit regem Eifer durchgeführt. Der Brauerer lehnte die vom Arbeiterverein angebotene Vermittlung ab.

Die Maurer und Maler in Braunschweig sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Zuzug ist fernzuhalten.

Die Mannheimer Tischler und Drechsler haben am Montag in allen Geschäften die Räumung eingeleitet, wo die Forderung: 9/10stündige Arbeitszeit, 36 Pf. Stundenlohn und 25 Proz. Aufschlag für Ueberstunden, nicht bewilligt wurde.

Ausland.

In Südböhmen (Böhmen) befinden sich 2000 Bau- und Ziegelarbeiter im Ausstand.

In dänischen Tischlerstreik hat in Kopenhagen eine Vermittlungszusammenkunft stattgefunden zwischen Vertretern der Landes-Tischlermeister-Organisation und des Ausschusses des Gesellenverbandes. Sie führte aber zu keinem Resultat. Die Gesellen fordern einen Minimal-Stundenlohn von 85-40 Oeren, die Meister wollten höchstens 33-35 geben. Der Streik dauert also fort; er umfaßt 800 Gesellen. Die Bau-tischler erreichen aber eine Vereinbarung auf 15prozentige Lohn-erhöhung, so daß sie die Arbeit wieder aufnehmen.

In Kopenhagener Arbeiterkreisen gähre es, wählten bürgerliche Blätter zu melden. Diese Nachricht verriet wieder, mit welcher Befristlichkeit die ruhigsten Beschlüsse der Arbeiterorganisationen mißdeutet werden. Allerdings finden zur Zeit in Kopenhagen ungewöhnlich viele Arbeitsniederlegungen statt; aber sie gehen in ordnungsgemäßer und geschmackvoller Weise und ganz ruhig unter ständiger Leitung und Vermittlung der betreffenden Organisationen vor sich. Die größere Zahl Streiks hat darin ihren Hauptgrund, daß die Meisterverbände neuerdings selbst bei den notwendigsten Forderungen der Arbeiter es auf die Kraftprobe ankommen lassen.

Es streiten u. a. zur Zeit: 880 Jollboden-Arbeiter, nachdem vierwöchentliche Unterhandlungen vorausgegangen sind. Es handelt sich um eine Lohnmehrforderung von 50 Oeren pro Tag. Es ist ein ähnliches Verhältnis wie bei den Hamburger Hafenarbeitern, 13 „Germänner“ bezogen die Arbeiter aus den auf Grund einer Tage eingehenden Lohngeldern und behalten den Ueberfluß für sich. Daher wollen sie keine Lohnmehrung. Ferner streiten die Schuhmachergesellen, erstens wegen einer Lohnindifferenz, dann aber auch, weil sie die Abschaffung der Heimarbeit fordern und verlangen, daß die Meister Werkstätten einrichten. Wie berechtigt die Forderungen der Gesellen sind, verweist am besten, daß 74 Meister bereits unterschrieben haben. Ferner haben 110 Gesellen der Dampfmaschinen in Provinzstädten die Arbeit niedergelegt, die an drei Dampfmaschinen tätig sind. Die übrigen Meister haben die Forderungen der Arbeiter bewilligt, nämlich 24 Kr. Wochenlohn und 50 Oere für Ueberstunden. Ferner nutzten hundert Schneidergesellen in Provinzstädten die Arbeit niedergelegt, weil ein Teil der Meister nicht den zwischen der Gesellenorganisation und den Meisterverbänden für Jütland, Fünen und die Inselgemeinden vereinbarten neuen Preiscurant mit etwa 20 Proz. Lohnmehrung anerkennen wollten.

Der Streik der Helsingörs Eisenbahnarbeiter ist durch Vergleich beendet. Die Arbeiter erlangten Lohnzulagen pro Stunde von 3-7 Oeren, je nach der Arbeit. Die Maler um 8 Oere (von 82 auf 40 die Stunde).

In Schweden ist der Kampf zwischen Arbeitgeber und Arbeitern um wieder einen Schritt weiter entwickelt. Das Ultimatum der Arbeitgeber für den Austritt der Arbeiter aus den Fachvereinen, andernfalls sie ausgepeitert würden, ist abgelaufen. In den letzten Tagen hatten die Arbeitgeber, um sich den Schein der Nachgiebigkeit zu geben, „Vermittlungsvorschläge“ gemacht, die aber absolut unannehmbar waren, so z. B. daß je ein Repräsentant der Arbeitgeber jedem Fachverband angehören und dessen Verhandlungen und Beschlüsse kontrollieren solle. Ein anderer Antrag verlangte, daß die Verbände keine socialistischen seien usw.

In Galmstad wurden bereits in den Südfabriken 200 Gewerkschaftsmitglieder ausgepeitert. In Oskarström sind von 1000 Arbeitern 600, die Mitglieder der Fachverbände sind, entlassen. Auch bei dem Sägewerk in Sundsvall sind die organisierten Arbeiter entlassen. Bei Kullensborg gehen nur 2 von 8, bei Gustafsberg 4 von 7, bei Johannadal 6 von 7 Sägewerker. Bei Svärker und Jagerö sind nur wenige Arbeiter Verbandsmitglieder, bei Skövö-Idagstrand kommt der Konflikt erst in 8 Tagen zum Ausbruch.

In Helsingörs ist ein Streik der Summi-Arbeiterinnen ausgebrochen, die höheren Lohn verlangen. Die Fabriken beschäftigen im ganzen 500 Arbeiter.

Drohender Kampf im englischen Baugewerbe. Die beabsichtigte Konferenz zwischen den Unternehmern und Arbeitern des Stuccaturgewerbes wurde am 6. April in London abgehalten. Jede Partei war durch zwölf Delegierte vertreten. Man hatte gehofft, daß mit dieser Konferenz der Ausschluß der Stuccateure sein Ende erreichen würde, aber leider hat sich die Hoffnung nicht erfüllt, und es ist noch nicht voranzusehen, welche Dimension der Ausschluß noch annehmen wird.

Der Unternehmer Holdsworth empfahl folgende Punkte als Grundlage der Diskussion:

1. Die Praxis, Vornamen und Arbeiter zu zwingen, in die Gewerkschaft einzutreten. 2. Die Beschränkung der Lehrlinge. 3. Der Postort gewisser Firmen seitens der Gewerkschaft der Stuccateure. 4. Die Weigerung, mit Nichtmitgliedern zusammen zu arbeiten.

Eine lange Diskussion wurde über diese Punkte geführt, aber eine Vereinbarung konnte nicht erzielt werden. Beide Parteien zogen sich dann zur Beratung zurück. Beim Wiederaustritt legten die Unternehmer den Arbeitern folgende vier Fragen vor:

1. Sind Sie genau bevollmächtigt, irgend eine Vereinbarung, die hier getroffen wird, abzuschließen und zu unterzeichnen? 2. Die Vereinbarungen, welche hier getroffen werden, sollen für das ganze Land in Kraft treten? 3. Sind Sie bereit, in eine Geldbürgschaft auf beiden Seiten für treue Beobachtung der Vereinbarungen zu treten? 4. Gemäß Ihres Vorfalles wünschen Sie niemanden zu zwingen, und beantragen das Recht, nur zu arbeiten, in Ihre Gewerkschaft einzutreten. Dalken Sie diesen Punkt anerkennen?

Die Vertreter der Arbeiter antworteten auf die erste und zweite Frage mit ja. Die dritte Frage konnten sie nicht anerkennen, und für die vierte Frage erklärten sie, nicht gut sagen zu können, da die Mitglieder einer solchen Aktion nicht zustimmen würden. Da nun die Konferenz an diesem Punkte scheiterte, so werden wohl jetzt die Arbeitgeber die Aussperrung weiter ausdehnen. Es werden Stimmen laut, eine allgemeine Aussperrung im Baugewerbe vorzunehmen. Sollte dieser Schritt gewagt werden, so steht ein heißer Kampf im Ausblick, an welchem mehrere hunderttausend Arbeiter teilnehmen würden.

Es ist sicher, daß ein Sturm im Baugewerbe im Anzug ist. Am Ostermontag wurde eine Delegierten-Versammlung in Birmingham abgehalten. Auf dieser Versammlung waren alle Branchen, mit Ausnahme der Steinhaue, im Baugewerbe mit ziemlich 400 000 Mitgliedern vertreten. Die Verhandlungen wurden geheim geführt, ein Zeichen, daß die Arbeiter von einem Sturm überzeugt sind und sich zum Kampf vorbereiten.

In verschiedenen Orten ist es schon zum Bruch gekommen. In Scarborough, einer Seestadt an der Ost-Küste, wurden am 6. April 600 Bauarbeiter ausgeschloffen, weil sie sich weigerten, mit Nichtmitgliedern zu arbeiten.

In Leicester verlangten die Handlanger eine Lohnmehrung von 8 Pf. die Stunde, jetzt bekommen sie 50 Pf. Da aber ihre Forderung abgeschlagen wurde, so legten sie am 6. April die Arbeit nieder, wodurch über 2000 Maurer arbeitslos wurden. Auch in Sunderland haben die Handlanger eine Forderung auf Lohnmehrung gestellt, sind aber abgewiesen worden und werden wahrscheinlich die Arbeit

...wird, was mehrere tausend Maurer in die Streik ziehen dürfte. In Grimbsby, an der Ostküste, haben die Bauarbeiter die Arbeit niedergelegt. Sie verlangen einen Stundenlohn von 66 Pf., der jetzige Lohn beträgt 62 Pf.

Unternehmer-Verbände.

Der Verband deutscher Emailierwerke teilt mit: Die maßgebenden belgischen, französischen, holländischen, schweizerischen, östereich-ungarischen und süddeutschen Werke traten heute in Köln mit dem Verbands deutscher Emailierwerke zu einem internationalen Verbände der Blech-Emailierwerke zusammen und unterfertigten ein sofort in Kraft tretendes und von Jahr zu Jahr zu prolongierendes Verbandsstatut. Die gegenwärtigen Verbandspreise des deutschen Emailierwerk-Verbandes wurden für den internationalen Verband acceptiert und für sämtliche heimischen und ausländischen Märkte in einer Reihe hauptsächlichster Artikel um 6 Proz. erhöht. Zu diesen erhöhten Preisen wurde der Verkauf für das 3. Quartal 1899 freigegeben. Für Lieferungen im 4. Quartal wurde eine spätere Preisfestsetzung vorbehalten.

Sociales.

Ueber die Arbeitszeit erwachsener männlicher Arbeiter in den verschiedensten Ländern der Erde veröffentlicht das Schweizer Arbeiterssekretariat eine Zusammenstellung. Die kürzeste Arbeitszeit ist danach in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und in Australien vorhanden. Die Regierung der Union hat für ihre Arbeiter überall den Achtstundentag eingeführt. Aber auch anderweitige öffentliche Arbeiten werden unter diesem System ausgeführt, desgleichen haben viele Private dasselbe übernommen. Im Staate Konnecticut gelten acht Stunden Arbeit vor dem Gesetz als ein Tagewerk; was darüber hinausgeht, gilt als Nebertunde. In der Industrie gilt der elfstündige Arbeitstag als Maximum, nur haus- und landwirtschaftliche Arbeiter dürfen länger beschäftigt werden. Im Eisenbahndienst und in den Vädereien ist der zehnstündige Tag gesetzlich eingeführt. In Australien giebt es keine gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitszeit; dieselben sind dort überflüssig, denn der Brauch steht fest, daß mit Ausnahme der Straßenarbeiter, die zehn Stunden arbeiten, niemand länger als neun Stunden täglich beschäftigt wird. In etwa 66 Proz. aller Betriebe gilt bereits der Achtstundentag als Regel. Bemerkenswert ist, daß in vielen Arbeitszweigen die Arbeitszeit an den Sonnabenden auf die Hälfte beschränkt wird. In Ostindien herrscht in den Fabriken gesetzlich elfstündige Arbeitszeit mit 1/3 bis zu 1/2 stündiger Pause für Männer und Frauen. In Deutschland gelten nur vereinzelte Beschränkungen, namentlich solche aus hygienischen Rücksichten. So ist für Quecksilber-Spiegelbelegern nur eine sechs- bis achtstündige Arbeitszeit gestattet, in Accumulatorenfabriken eine achtsündige. Im Bergbau herrscht zumeist eine zehnstündige Schicht mit Einschluß der Ein- und Ausfahrt. In England wird in Staats- und Gemeindebetrieben allmählich überall der Achtstundentag eingeführt. Eisenbahn-Bedienstete haben dort das Recht, sich über zu lange Beschäftigung zu beschweren. Für Schiffsfahrer ist nur eine Maximalleistung von drei Tonnen Verfeuerung zulässig. In Belgien ist nur die Frauen- und Kinderarbeit zeitlich geregelt, in Frankreich die der Bahnangestellten (auf zehn Stunden), in Oesterreich ist die elfstündige Arbeitszeit für Fabrikbetriebe festgesetzt, in Rußland 11 1/2 stündige. In der Schweiz endlich bestimmt das Fabrikgesetz elf Stunden als Maximum, meist wird jedoch nur zehn Stunden gearbeitet.

Danach rangiert Deutschland so ziemlich an letzter Stelle. Als Illustration hierzu dienen einige Mitteilungen über die Absicht der Generaldirektion der badischen Staatsbahnen, die Arbeitszeit ihrer Angestellten zu regeln. Danach soll für das Stationspersonal eine Dienstzeit von höchstens 10 Stunden eingeführt werden und die durchschnittliche tägliche Dienstdauer 8 Stunden betragen. Für Bahnwärter und Signalwärter soll die tägliche Dienstzeit in der Regel 14 Stunden, bei einfachen Dienstverhältnissen 16 Stunden nicht überschreiten. Für das Zugbegleitungspersonal soll die tägliche Beschäftigung im Monatsdurchschnitt 11 Stunden betragen und eine Schicht nicht über 16 Stunden dauern. Für das Lokomotivpersonal soll die tägliche Beschäftigung im Durchschnitt des Monats 10 Stunden, auf Nebenbahnen 11 Stunden nicht überschreiten; ein Maximum für die Einzelschicht ist hier überhaupt nicht festgesetzt. Jeder im Betriebsdienste ständiger beschäftigte Beamte soll monatlich mindestens zwei Ruhetage haben, so daß also das Jahr 840 Arbeitstage haben kann. Das ist deutsche Socialreform.

Ueber die polnischen Niederlassungen im Ruhr-Kohlenrevier finden wir interessante Angaben im „Globus“. Darnach befinden sich jetzt dort weit über 100 000, vielleicht 150 000 Polen, die alle durch die seit dem deutsch-französischen Kriege dort rasch groß gewordene Industrie, namentlich durch den Bergbau angezogen wurden. Die Polen wohnen meist dicht zusammen, entweder in eigenen Kolonien oder in bestimmten Ortsteilen, behalten deshalb meist ihre Muttersprache bei und bilden deshalb bereits beachtliche slavische Sprachinseln in diesem ursprünglich rein deutschen Gebiete. Die nationalstischen Gesichtspunkte sind es denn auch, von denen der Artikel des genannten Blattes beherrscht wird.

Für uns kommen mehr die sozialen Gesichtspunkte dieser Thatsachen in Frage. Nach allen bisherigen Erfahrungen wirken nämlich die Polen für die deutschen Arbeiter des Ruhrreviers als Lohnbrüder. Das geht auch aus einer Reihe von Umständen hervor, die in dem unten vorliegenden Artikel hervorgehoben werden und wird überdies direkt ausgesprochen. Die Polen „begnügen sich zumeist mit Sped., Peringeren, Brot, Kartoffeln und Schnaps. Keine Wohnung ist ihnen zu schlecht“. . . . „Die Polen haben einen großen Anteil an den Vergehen und Verbrechen“. . . . „Sowohl was Bildung als Gesittung betrifft, steht der polnische Einwanderer auf einer weit niedrigeren Stufe als der Durchschnitt der einheimischen oder sonst hier thätigen Arbeiter.“

Auch die granulöse Augenkrankheit und die bössartige Wurmkrankheit haben die polnischen Arbeiter eingeschleppt. Schließlich führte ihre Unkenntnis der deutschen Sprache, die sie verhinderte, die Schutzvorschriften in den Gruben zu lesen und ihnen auch die Verständigung mit ihren deutschen Kameraden im Gefahrenfalle unmöglich machte, eine starke Gefährdung des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter herbei, eine Thatsache, die ja auch in der bekannten Sprachenverordnung vom vorigen Jahre beherzlich anerkannt wurde.

Aus alledem ergibt sich, daß die Polen ein ökonomisch und kulturell sehr tiefstehendes Element sind und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die massenhafte Anwesenheit derartiger Arbeiter (1898 fast ein Viertel der gesamten Belegschaft und jetzt wahrscheinlich noch mehr) eine stark niederdrückende Tendenz auf die wirtschaftliche Lage und den gesamten Kulturstand der einheimischen Arbeiter ausüben muß.

Die Aufklärungsarbeit der organisierten einheimischen Arbeiter wird zudem sehr erschwert nicht allein durch den geistigen Tiefstand des polnischen Elements, sondern auch durch die Sprachenverschiedenheit.

Arbeiterisiko. In einer Biegelei in Regensburg kam eine Arbeiterin auf schreckliche Weise ums Leben. Die Unglückliche war in der Höhe des Aufzuges beschäftigt. Als der Aufzug, der mittels Elektrizität in Betrieb gesetzt wird, in Bewegung war, ging die Betreffende einen Schritt rückwärts. In diesem Moment kam der Aufzug herab und zerdrückte der Armen den Kopf. Der Rand des Aufzuges riß ihr den Kopf beinahe vom Rumpfe. Der Tod trat sofort ein.

Zur Kritik des Bernsteinschen Buches.

Die Zahl der Preßäußerungen zu Bernsteins Buch schwillt immer mehr an und macht es uns unmöglich, von jeder Einzeläußerung ausführlicher Notiz zu nehmen; wir müssen uns mit einem zusammenfassenden Resümee über die vorliegenden Stimmen begnügen, zumal Wiederholungen der verschiedenen Argumente dabei ganz natürlich sind.

In der „Leipziger Volkszeitung“ bringt r. l. mit noch drei Artikeln die Kritik zu Ende. Nr. 3 behandelt die wirtschaftliche und politische

Demokratie und erörtert dabei das Wesen der Genossenschaften, die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit und die Aufgaben der Gewerkschaften. Er kommt zu dem Schluß, daß die Gewerkschaftsaktion nur einen defensiven Charakter gegenüber den niederdrückenden Tendenzen der kapitalistischen Produktionsentwicklung haben können, nicht aber, wie Bernstein meine, zur Beherrschung der Produktion durch die Arbeiter führen könne. Hinsichtlich der politischen Demokratie wird dargelegt, daß sie durchaus nicht die notwendige politische Form für die großkapitalistisch-bürgerliche Gesellschaft ist und es daher ganz verkehrt wäre, von dem durch vorstichtiges Labieren nicht verächtlichen guten Willen der Bourgeoisie die Befestigung der Demokratie zu erwarten, daß vielmehr die sozialistische Arbeiterbewegung die einzige Stütze der Demokratie sei und das Schicksal der Demokratie daher abhängen von dem Schicksal der sozialistischen Arbeiterbewegung.

Nr. 4 handelt von der Eroberung der politischen Macht, behandelt also vornehmlich den Kernpunkt der Frage: Reform oder Revolution. Er untersucht das Wesen der Klassenkämpfe, legt dar, daß die Lohnsklaverei, die wirtschaftliche Unfreiheit des modernen Proletariats, die Ausbeutung, keine rechtliche, sondern eine rein wirtschaftliche Potenz sei, daß sie daher keineswegs durch einfache Gesetzgebungsakte im Rahmen des bürgerlichen Parlamentarismus beseitigt werden können, sondern nur dadurch, daß das Proletariat die politische Macht ergreift.

Im letzten Artikel wird der Opportunismus in Theorie und Praxis erörtert. Er gipfelt in der Darlegung, daß das Bernsteinsche Buch nur der theoretische Ausdruck vorhandener praktisch-opportunistischer Strömungen sei; daß es der erste, zugleich aber auch der letzte Versuch sei, den Opportunismus theoretisch zu begründen; der letzte, weil er eine Abschwörung des wissenschaftlichen Socialismus sei.

Die Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ werden von einigen Parteiblättern zusammengefaßt übernommen. Drei Artikel der „Schwäbischen Tagwacht“ beschäftigen sich hauptsächlich mit der Widerlegung der Bernsteinschen Einwendungen gegen die materialistische Geschichtsauffassung. Die „Erfurter Tribüne“ wendet sich gegen die Empfehlung der sogenannten Reformakt.

Die „Rheinische Zeitung“ nimmt in einem Resümee über das Buch eine in der Hauptsache ablehnende Haltung ein, wendet sich jedoch gegen die heftige Art, in der von einzelnen Blättern gegen Bernstein gekämpft wurde.

In der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ ist „Parvus“ bis zum vierten Artikel gelangt. Er unterjucht zunächst die Auffassung Bernsteins von der Marxischen Theorie und beschuldigt ihn der Verwirrung des Sinnes derselben. Es wird dann das Wesen der Revolution untersucht, die Frage erwochen, was ein stregisches Proletariat 1848 in Deutschland hätte thun können, um dem Socialismus die Wege zu ebnen und daraus die Folgerung gezogen, daß es auch damals nicht „zu früh“ gewesen wäre für das Proletariat, die politische Macht zu ergreifen.

Versammlungen.

Ueber den Arefelder Weberstreik referierte in einer Volksversammlung, die am Montag bei Stehert, Andreasstraße, tagte, Karl Rapp aus Arefeld. Der Redner schilderte, nachdem er die technische Entwicklung in der Textilindustrie, die Lohn- und Arbeitsbedingungen und des weiteren die politischen und gewerkschaftlichen Organisationsverhältnisse am Niederrhein beleuchtet hatte, in eingehender Weise die Ursachen und den bisherigen Verlauf der Bewegung. Daraus war zu entnehmen, daß der Stand des Streiks sich fast gar nicht verändert hat und seit dem Beginn desselben eine wesentliche Veränderung der Situation nicht zu verzeichnen ist. Die Fabrikanten, die von vornherein darauf rechnet, daß die christlichen Arbeiter sich ihnen zur Verfügung stellen und sich an dem Kampfe ihrer Klassen Genossen nicht beteiligen würden, haben sich arg getäuscht. Denn trotzdem, daß es die Führer der christlichen Arbeiter an Versuchen, eine Spaltung der Arbeiterschaft herbeizuführen, nicht haben fehlen lassen, hat sich während der 16 wöchentlichen Dauer der Lohnbewegung bis jetzt kein einziger Streikbrecher gefunden. Für die Fabrikanten, die infolge des Aufschwungs der Textilindustrie in dieser Branche und den großartigen technischen Neuerrichtungen zu mehrfachen Millionen geworden sind und welche die Forderungen der Arbeiter ohne weiteres bewilligen könnten, handelt es sich keineswegs um die Lohnunterschiede, sondern vielmehr ist ihre Absicht, die klassenbewußte gewerkschaftliche Organisation zu vernichten. Dieser von den großkapitalistischen Unternehmern provozierte Kampf ist ein Klassenkampf, diktiert von dem Streben, die aufstrebende Arbeiterschaft wieder auf lange Zeit niederzuhalten. Nachdem der Redner noch darauf hingewiesen hatte, daß die Arbeiterbewegung am Niederrhein in der letzten Zeit und insbesondere während des gegenwärtigen Kampfes sehr günstige Resultate zu verzeichnen hat, plädierte er für recht rege Unterstützung der Ausständigen, um ihnen den baldigen Sieg über das prothige Fabrikantentum zu ermöglichen, der nicht nur für die gewerkschaftliche, sondern auch für die politische Bewegung im Interesse der gesamten Arbeiterschaft große Vorteile zeitigen wird. Eine Diskussion über die mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen wurde nicht beliebt und folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Volksversammlung erkennt nach den Ausführungen des Referenten an, daß der Streik der Arefelder Weber ein berechtigter ist und erklärt, mit besten Kräften zu wirken, um den Arefelder Webern zum Siege zu verhelfen.“ — Sammellisten für die Ausständigen sind im Gewerkschaftsbureau, Annenstr. 10, zu haben.

Die Maurer centraler Richtung hielten am 7. April bei Cohn eine Mitgliederversammlung ab. Den Bericht vom Verbandstage erstatteten in längeren Ausführungen Böllner und Schulz. In der Diskussion sprach Leonhardt. Redner kritisierte das Verhalten des Verbandstages betreffend die Accordarbeit. Er meinte, der Verbandstag hätte einen Beschluß fassen müssen, daß die Accordarbeit torrett bekämpft werde resp. Verrichter selbiger die Mitgliedschaft verlieren. Dieser Artikel wurde von Wabe und Frenzel mit der Begründung zurückgewiesen, daß die Kollegen vom Grundprinzip des Verbandes noch nicht durchdrungen und es hier an der Ausklärung derselben fehle. Die Agitation hat sich zur Aufgabe gemacht, dahin zu streben, daß die Accordarbeit vollständig beseitigt werde. Solange dies noch nicht anerkannt, könne ein torrekter Beschluß des Verbandstages nicht dienlich sein. Ein Antrag, das Protokoll obligatorisch einzuführen, wurde einstimmig angenommen. Zu den Ausschuss wurden Silberstein, Frenzel, Rud., Knappe und Garreich gewählt. Auf Grund eines früheren Versammlungs-Beschlusses und auf Grund des § 15 des Statuts wurden die Maurer Aug. Wehr, Lübbenerstr. 4, Wilh. Pfeiffer, Schönleinstr. 8, Theod. Grünberg, Eisenbahnstr. 8, Arthur Schadewitz, Grinauerstraße 26, ausgeschlossen.

Der Zentralverband der Maurer (Zahlstelle I Berlin, Puhler) hielt am Sonntag bei Cohn, Weuthstraße, eine Versammlung ab. Vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung ergriffte der Vorsitzende Schulz den Bezug der Puhler nach Rügen fernzuhalten und des weiteren den Beschlüssen der öffentlichen Versammlungen genügende Beachtung zu schenken. Ferner gab er bekannt, daß es notwendig ist, daß auf den Sammellisten neben Namen auch die Nummer der Streikarte vermerkt wird. Dem Kassenbericht, den der Kassierer Kelpin erstattete, war zu entnehmen, daß die Einnahmen im ersten Quartal incl. des alten Bestandes von 812,47 M. insgesamt 1641,87 M. betragen. Die Ausgaben beliefen sich auf 1094,60 M. so daß ein Bestand von 547,27 M. verblieb. Der Mitgliederbestand der Zahlstelle betrug am Schluß des Quartals 834. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer die Decharge erteilt. Hierauf berichteten Schulz und Dähne über die Beschlässe und den Verlauf des verfloffenen Verbandstages. Nach einer kurzen Diskussion, in der sich Budha zu einigen Punkten kritisierend äußerte und in der E. Simanowski den Bericht im „Vorwärts“ über den Verbandstag, weil in demselben die Begründung der gefassten Beschlüsse nicht genügend enthalten ist, bemängelte, wurde beschlossen, die Debatte über die Verhandlungen des Verbandstages in der nächsten Mitgliederversammlung fortzusetzen. Als Kandidaten für den Ausschuss, der seinen Sitz in Berlin hat und insgesamt aus 9 Mitgliedern

besteht, wurden Lemppuhl, Simanowski und Dähne nominiert. Das Wahleresultat wird in der nächsten Versammlung bekannt gegeben werden. Die Abrechnung und die Neuwahl der Unterstützungskommission wurde gleichfalls bis zur nächsten Versammlung vertagt.

Die Zimmerer der centralen Richtung nahmen am Donnerstagabend in den Arminhallen den Bericht über den Bauarbeiterschulungsfond entgegen. Sie erklärten sich mit den Beschlüssen des Kongresses einverstanden und verpflichteten sich, alle Unfälle und Mißstände auf Bauten und Arbeitsplätzen unverzüglich an das Bureau Extralieferer 48 zu melden, damit das gesammelte Material zu geeigneter Zeit verwendet werden kann. Hierauf wurde beschlossen, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern; der Vertrauensmann soll zum Vormittag des 1. Mai eine Versammlung einberufen, in der an alle Feiernden unentgeltlich Maimarken zur Kontrolle verabfolgt werden. Ueber das bekannte Plakat des Arbeitgeberbundes entspann sich eine rege Debatte. Im Verlaufe derselben wurde mitgeteilt, daß der Arbeitgeberbund an seine Mitglieder Listen zur Aufnahme der „Arbeitswilligen“ gesendet hat. Diese Listen sind in Form von Fragebogen gehalten, die zugleich die Zwecke der „Schwarzen Liste“ erfüllen sollen. Allem Anschein nach dürfte der Arbeitgeberbund mit dieser Manipulation kein Glück haben, da nicht allein die Organisierten die Unterschreibung der Listen verweigern, sondern, wie bereits gesehen, auch die Nichtorganisierten.

Die folgende Resolution gelangte dann zur Annahme: Die Zimmerer erklären auf die untern 17. März ergangene Aufforderung des Arbeitgeberbundes, sich in die Listen der Arbeitswilligen eintragen zu lassen: der Ausdruck „Arbeitswillige“ in dem Sinne, daß es in Berlin und Umgegend Zimmerer giebt, welche nicht arbeiten wollen, wird mit Entschiedenheit zurückgewiesen, da sämtliche Zimmerer bemüht sind, durch reblische Arbeit sich und ihre Familie zu ernähren. Das Vorgehen des Arbeitgeberbundes ist nicht dazu angethan, Ruhe und Frieden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herbeizuführen; vielmehr geht daraus hervor, daß der Arbeitgeberbund kein Interesse an einem geregelten Arbeitsverhältnis hat. Meint der Arbeitgeberbund das Versprechen an die Arbeitswilligen ehrlich, so muß er unter allen Umständen den von den organisierten Zimmerern gemachten Vorschlag, einen gemeinsamen Arbeitsvertrag abzuschließen, annehmen. Das jetzige Vorgehen des Arbeitgeberbundes, durch allerlei Verlodungen und Versprechungen die Zimmerer ihrer Organisation abspenstig zu machen und diese so zu schwächen, daß sie nicht mehr wie heute ins Gewicht fällt, wird als ein Traid der gewöhnlichsten Sorte energisch abgewiesen. Die Versammelten protestieren gegen das Verlangen des Arbeitgeberbundes und versprechen, sich nicht in seine ausgelegten Listen eintragen zu lassen. Ferner erklären sie, soweit dies noch nicht geschehen, dem Centralverband der Zimmerer beizutreten. Knäuper gab einen kurzen Bericht über seine Thätigkeit in der Gewerkschaftskommission. An seine Stelle wurde Kube zum Delegierten und Leonhardt zu dessen Vertreter gewählt. Zum Schluß machte Webers darauf aufmerksam, daß die Besanntmachungen der Lokalorganisierten Zimmerer zwar mit „Die Vertrauensleute“ gezeichnet seien, daß er diesen Besanntmachungen fernstehe.

Friedrichsfelde. Die Versammlung der Maurer sahte am 5. April den Beschluß, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Kasimir Perier fährt in seiner Unterredung mit dem deutschen Votschafter fort: Es wäre nicht meine Sache, sondern die des Ministerpräsidenten, die verlangte Rote abzufassen. Die Rote dürfte sich nach meiner Ansicht nicht wesentlich von den früheren in diesem Sinne erlassenen unterscheiden, da man sonst nach den Unterschieden in der Form suchen würde, was zu neuen Erörterungen Anlaß bieten könnte. Ich sicherte dem Votschafter eine neue Zusammenkunft mit dem Ministerpräsidenten zu. Wenige Tage später ließ mir der Votschafter sagen, daß der Zwischenfall als erledigt angesehen werden könnte. Auf die Frage des Präsidenten Loew, ob der deutsche Votschafter im Laufe der Unterredung oder später erklärt habe, daß die deutsche Regierung niemals Beziehungen zu Drexfus gehabt habe, sagte Kasimir Perier, eine Erklärung dieser Art sei nicht abgegeben worden, der Name Drexfus wurde nur genannt, um die in Rede stehende Affäre zu bezeichnen. In Betreff des israelischen Briefes des Kaisers Wilhelm erklärte Kasimir Perier, er habe von einem solchen Briefe erst Ende 1898 im Laufe der Erörterungen über die Interpellation Grouffet gehört.

Der frühere Ministerpräsident in Madagaskar Larocque erzählt, im August 1898 habe er eine Unterredung mit Admiral Dupercé gehabt; dieser teilte ihm mit, daß er vor kurzem mit dem Erzherzog Ludwig Victor, dem Bruder des österreichischen Kaisers, gesprochen habe; dabei habe der Erzherzog gesagt, er wisse bestimmt und gebe dafür sein Ehrenwort, daß die deutsche Regierung nicht die geringsten Beziehungen zu Drexfus gehabt habe.

Wien, 11. April. (W. T. U.) Die Statthalterei hat auf Grund des Vereinsgesetzes den „Verein der Deutschnationalen in Oesterreich“ (Obmann Reichsrats-Abgeordneter Wolf), den „Deutschen Bezirksverein“, den „Verein evangelischer Glaubensgenossen“ und den „Verband „Deutscher Ausgangspunkt des Bundes der Germanen“, sämtlich in Wien, aufgelöst.

Deutschesbrod (Wohmen), 11. April. (W. T. U.) Im Walde bei Polna wurde am 1. d. M. die verstümmelte Leiche der Rählerin Agnes Truza gefunden. In Polna und Umgebung verbreitete sich ein Gerücht, welches die Juden mit der Mordthat in Verbindung brachte; es machte sich deshalb eine bedenkliche Gährung geltend, und es wurden umfassende Vorkehrungen getroffen, um etwaigen Ausschreitungen vorzubeugen. Als mutmaßlicher Mörder ist der israelitische Schuhmacher Glöner verhaftet worden.

Dresd., 11. April. (W. T. U.) Drei Fischerfahrzeuge haben Schiffbruch gelitten; einige zwanzig Personen sind dabei ums Leben gekommen.

Brüssel, 11. April. (W. T. U.) Ein Pariser Korrespondent des Brüsseler „Soir“ meldet, daß demnach sensationelle Enthüllungen des Fürsten von Monaco über die Drexfus-Affaire stattfinden werden. Der Fürst soll sich einige Wochen vor dem Tode Felix Haures ins Exil begeben haben, um dem Präsidenten Faure amtliche Schriftstücke aus der österreichischen und italienischen Votschaft zu überreichen, welche die Unschuld Drexfus erwiesen. Faure habe dieses Ansuchen abgelehnt.

Rom, 11. April. (W. T. U.) In der Ansprache, welche der Papst bei dem heutigen Empfange des Kardinalkollegiums hielt, brühte er zunächst seinen Dank gegen Gott aus dafür, daß er seine Gesundheit wieder erlangt und äußerte sodann in längerer Rede seine lebhafteste Befriedigung über das Friedensmanifest des Jaren. Der Papst brühte endlich den Wunsch der Kirche aus, an den Beratungen der Abrüstungskonferenz teilzunehmen: „Die Kirche, als Mutter der Völker, wünscht nichts lebhafter, als ihren Beruf als Feindin des Blutvergießens und als Friedensbringerin nicht nur im Reiche der Gewissen, sondern auch in den öffentlichen Angelegenheiten zu erfüllen. Im Rahmen der ihr gestatteten Bewegungsfreiheit hat die Kirche immer direkt bei wichtigen Begebenheiten der Weltgeschichte eingegriffen und damit der Menschheit gute Dienste geleistet.“

Sondrio, 11. April. (W. T. U.) In der vergangenen Nacht wurden in der Ortschaft Vallurva (N), in der Nähe von Vornio, durch Feuer etwa 100 Häuser zerstört; zwei Personen kamen bei dem Brande ums Leben. Der Schaden wird auf 400 000 Lire geschätzt.

Buarest, 11. April. (W. T. U.) Ministerpräsident Sturdza überreichte dem Könige die Demission des Kabinetts ein. Der König ersuchte die Minister die Geschäfte bis zur Ernennung des neuen Kabinetts fortzuführen.

Peking, 11. April. (W. T. U.) In der Provinz Petchou ist neuerdings ein Dungan-Aufstand ausgebrochen. Die chinesische Regierung hat ein starkes Truppenkorps abgeandt.

Reichstag.

62. Sitzung, Dienstag, 11. April 1899, 2 Uhr. Am Bundesratsitz: Graf Kosobowski, Frhr. v. Thielmann.

Das Haus ist sehr schwach besetzt.

Präsident Graf Vellestrom:

Indem ich die geehrten Herren Kollegen, welche ich hier vor mir sehe (Heiterkeit), begrüße, spreche ich die Hoffnung aus, daß auch diejenigen, welche ich nicht die Freude habe, hier zu sehen (Heiterkeit), sich auch bald einkfinden werden (Bravo!), um an unserer Thätigkeit teil zu nehmen. Ja, meine Herren, es stehen uns noch große, umfangreiche legislatorische Arbeiten bevor und wir werden unsere ganze Kraft aufwenden müssen, um diesen legislatorischen Aufgaben in absehbarer Zeit gerecht zu werden. Ich bitte daher, daß Sie sich hier sowohl selbst immer aufhalten mögen, als auch auf die anderen Herren Kollegen einwirken, daß sie dies thun, damit wir diesen unseren Aufgaben gerecht werden. (Bravo!)

Das Haus tritt darauf in die Tagesordnung ein. Zunächst wird in zweiter Beratung die Uebersicht der Reichs-Ausgaben und Einnahmen für das Etatsjahr 1897/98 debattiert. Es erledigt sich.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfes eines Gesetzes, betr. das Klagenrecht der Kauffahrtschiffe. Danach soll als Nationalflagge für Kauffahrtschiffe ausschließlich die Reichsflagge gelten. Zur Führung derselben sollen die Kauffahrtschiffe nur berechtigt sein, wenn sie im ausschließlichen Eigentum von Reichsangehörigen stehen.

Hg. Wassermaun (natl.)

Begrüßt vom nationalen Gesichtspunkte aus die einheitliche Regelung dieser Frage auf dem Wege der Reichsgesetzgebung, hält aber eine eingehende Durchberatung der Detailbestimmungen für durchaus notwendig und beantragt zu diesem Behufe Ueberweisung an eine Kommission. Es stimmen z. B. die Bestimmungen über das Schiffsregister zu Zweifeln Anlaß geben. Es muß klar zum Ausdruck gebracht werden, ob der Wohnsitz der Schiffer oder der Auslandsfahrten maßgebend sein solle.

Hg. Freese (fr. Egg.)

Ist der Ansicht, daß der Sitz der Schiffer stets als Heimathafen zu gelten habe. Meiner Ansicht ist dem Wunsch auf eine Ueberweisung an eine Kommission an.

Das Haus beschließt demgemäß.

Es folgen Wahlprüfungen.

Die Wahl der Hg. von Bonn-Wahrendorf (konf.), Krämer (natl.), Graf v. Bismarck-Wohlen (l.) werden beanstandet, die der Hg. Franken (natl.), Wassermaun (natl.), v. Blödan (wild), Heiligenstadt (natl.) für gültig erklärt.

Die Petitionen, betr. die Grundstücks- und Hypothekemakler werden dem Reichsanwalt als Material überwiesen, die Petitionen, betr. die Frachtverbindung zwischen den mitteldeutschen Industriebezirken und England sollen nach dem Kommissionsantrag zur Erwägung überwiesen werden.

Präsident des Reichs-Eisenbahnamts Schulz teilt mit, daß ein besonderer Kurswagen bereits jetzt eingestellt, aber wenig benutzt sei. Hg. v. Frege (l.) bittet um Annahme des Kommissionsantrages.

Das Haus beschließt demgemäß.

Bei der Petition, betreffend anderweitige Regelung des Typothekensens, bedauert

Hg. Hüffel (sp.), daß die Regierung keine Erklärung darüber abgebe.

Die Petition wird als Material überwiesen.

Die Petition, betreffend die Verordnung über den Betrieb von Bäckereien und Konditoreien, wird als Material, die Petition, betr. die Ausstellungsberechtigung zum Garnisonsschreiberdienst zur Berücksichtigung überwiesen.

Es folgt die Petition, betreffend Abänderung des Weingesetzes.

Hg. Wiesenbach (c.) bittet mit Rücksicht auf die erheblichen Schädigungen der Winger durch die Kunstweinsfabrikation um baldige Einbringung eines neuen Weingesetzes.

Hg. Daus (W.) schlägt sich diesem Wunsche an.

Hg. Schädler (c.) schlägt sich dem Herrn Collega Wiesenbach ebenfalls an.

Hg. Hüffel (sp.) schildert die bedrückte Lage der Weinproduzenten. Gegen die unrette Konkurrenz muß mit aller Macht aufgetreten werden.

Die Petition wird als Material überwiesen, womit die Tagesordnung erledigt ist.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Erste Lesung der Postgesetznovellen.)

Schluß 4 Uhr.

Lokales.

Die Reichstagswahl im zweiten Kreise

Bei der Hauptwahl im vorigen Jahre in die Augen fiel. Es wäre zuviel gesagt, wenn man behaupten wollte, der Kampf wäre weniger scharf als am 16. Juni v. J. geführt worden, aber daß die Beteiligung an der Wahl nicht die Stärke erreichte, wie im vorigen Jahre und daß auch der Wahlsieg als solcher nicht so prägnant hervortrat, ist als erklärliches Verhängnis hinzunehmen, unter dem erfahrungsgemäß alle Nachwahlen mehr oder minder zu leiden haben. Was sich jedoch bei der gestrigen Wahl auffälliger als sonst bemerkbar machte, war der Unterschied des „Agitationsmaterials“ zwischen dem bürgerlichen und dem sozialdemokratischen Kampfbere. Bei uns war jedermann, der seine Kräfte zur Agitation bereit stellte, mit Ueberzeugung und aus Idealismus bei der Sache. Mancher hatte wirtschaftliche Nachteile zu erwarten, weil er an diesem Tage nicht im Dienste des Kapitals frohndete, aber trotz alledem war jeder mit der Begeisterung bei der Sache, die nur der Glaube an eine weltverlösende Idee hervorzuzaubern vermag!

Wie ganz anders auf bürgerlicher Seite! Da wird in den Abendblättern als ganz selbstverständlich berichtet, daß sowohl Freisinnige als Konservative sich bezahlte Leute engagierten, wie man Kaufburschen einstellt, um mit deren Hilfe das Vaterland und die Partei vor dem „Ansturz“ zu retten.

So meldet der „Lokal-Anzeiger“: „Der Andrang im freisinnigen Hauptquartier in der Velle-Allianzstraße war ein außerordentlich starker. Das Angebot überstieg weit die Nachfrage, so daß ein großer Teil der überzähligen, bezahlten Hilfskräfte nach dem konservativen Wahlbüreau in der Wartenburgstraße 16 abmarschierte.“

Und die „Staatsb. Ztg.“ schreibt: „An jedem Wahllokal standen 5 bis 8 meist bezahlte Zettelvertheiler. Die Konservativen hatten davon allein 500 angestellt. Auch bei den Freisinnigen haben die freiwilligen Hilfskräfte trotz eifriger Verdienste nicht ausgereicht und mußten noch in letzter Stunde durch bezahlte Leute ergänzt werden. Die Sozialdemokraten hatten den Vorteil, auch solche durchweg aus den eigenen Reihen entnehmen zu können.“

Desgleichen die „Deutsche Tageszeitung“: „Besonders die Sozialdemokraten strömten in großen Scharen zu den Wahllokalen. Ihnen stand auch eine so zahlreiche Hilfsmannschaft zur Verfügung, daß viele, die sich anbieten, abgewiesen werden mußten. Bei den bürgerlichen Parteien war das leider anders. Mehrfach mußten Zettelvertheiler und Schleiher gegen ziemlich hohe Bezahlung angenommen werden. Daß diese Elemente nicht anregend wirken können, dürfte auf der Hand liegen.“

Mit der Begeisterung des staatsbehaltenden Bürgers für seine angeblich heiligsten Güter ist es so eine eigene Sache. Er überträgt die Funktion des Kampfbundes am liebsten der irdischen Vorsehung, die ihn auf Schritt und Tritt in Gestalt von Ordnungsmächten beschützt, und es muß ihm schon sehr stark eingebeugt werden, wenn er sich aus seiner Trägheit einmal für einige Stunden aufrufen oder gar für seine Sache öffentlich in den Dienst stellen soll.

Was unter solchen Umständen, die sich bei einer Nachwahl noch viel schärfer geltend machen mußten, als bei der Hauptwahl, der Sieg der Sozialdemokratie noch zweifelhaft? Unter weit ungünstigeren Umständen als vor 10 Monaten waren wir in den Wahlkampf getreten. Ueber dreitausend Arbeiter-Wähler waren verzogen, und doch eine Stimmenzahl, die den Vergleich mit dem Resultat vom 16. Juni getrost aushalten konnte, eine Stimmenzahl, die uns im ersten Wahlgange einen glatten, entscheidenden Sieg brachte.

Freilich war harte Arbeit notwendig gewesen, und vom Vorgehen an an sich es auf den Beinen sein. Keine Mühe war zu scheuen, um die Kräfte aufzurütteln, um den in weiter Entfernung Wohnenden oder Arbeitenden doch hier und da die Theilnahme an der Wahl möglich zu machen.

Um so freudiger war der Jubel, der ausbrach, als gegen 9 Uhr abends das Resultat auf den Straßen Berlins und in den Wahllokale bekannt wurde. Die energische Förderung der Organisation, an der wir nach den Erfahrungen des vorigen Jahres mit Eifer gearbeitet hatten, hat fruchtbarer als mancher glauben möchte, ihre guten Früchte getragen.

Der Eifer unter den Parteigenossen wird anhalten und bei den nächsten Hauptwahlen dazu führen, daß nicht allein der zweite Wahlkreis mit starker Macht festgehalten, sondern ganz Berlin der Sozialdemokratie erobert wird!

Die Verkündung des Wahlergebnisses

fand am Dienstag Abend in vier bis zum letzten Platz gefüllten Volksversammlungen statt.

Am stärksten war der Andrang in der Volkshauserei. Der riesige Saal war von einer nach Tausenden zählenden aus Männern und Frauen bestehenden Menge gefüllt. Schon lange vor Beginn der Versammlung erfolgte die polizeiliche Versperung des Volals und Tausende von Proletariern harzten auf der Straße der Bekanntgabe des Wahlergebnisses.

Im Saal herrschte erstarrtes Schweigen. Sahen doch den meisten der Anwesenden, angesichts der besonders schwierigen Verhältnisse, unter denen die Nachwahl vor sich ging, der Ausgang derselben zweifelhaft. Um so größer war der Jubel, welcher bei der Verkündung des Wahlergebnisses und des Sieges unseres Genossen Fischer ausbrach. In nicht endemöglichen Hochrufen auf die Sozialdemokratie und deren Erwählten Richard Fischer gab sich die Siegesfreude kund. Nachdem die lebhaftesten Kundgebungen sich gelegt hatten, nahm Genosse Fischer zu einer kurzen, kernigen Ansprache das Wort. Der Sieg der Sozialdemokratie — sagte er — sei die Antwort auf den gegenwärtigen Justizhaushalt. Wenn der zweite Wahlkreis diesmal schon in der Hauptwahl gesiegt hat, so verdanke er das nicht zum wenigsten der Mithilfe und der Arbeitsfreudigkeit der Parteigenossen aller übrigen Berliner Wahlkreise, denen an dieser Stelle dafür der Dank auszusprechen sei. Ebenso verdiene die Thätigkeit des Vertrauensmannes, Genossen Berner, Anerkennung, der mit Umsicht und Ausdauer die Wahlarbeiten geleitet habe. Genosse Fischer schloß mit der Versicherung, daß er sich des Vertrauens seiner Wähler dadurch würdig zeigen werde, daß er im Reichstage in bestem Maße seine Schuldigkeit thue.

Wieder ertönten brausende Hochrufe auf Fischer. Helle Freude verkündete die von den Mühseligkeiten und Sorgen des Daseins durchdrungenen Jüge der Proletarier. Man sah es diesen weiterharten Gestalten an, daß ihre Freude aus bewegtem, von der Sache des kämpfenden Proletariats durchglühtem Herzen kam. Die Genossen schüttelten sich gegenseitig die Hände und gaben in lebhaften Worten ihre Bewunderung darüber zu erkennen, daß die wochenlange, schwere und mühevollen Wahlarbeit, deren sich die Berliner Parteigenossen mit bekannter Opferwilligkeit unterzogen hatten, von Erfolg gekrönt wurde, und der zweite Wahlkreis, trotz aller Machinationen der Gegner, unüberwundlich der Sozialdemokratie gehört.

Zum Schlußausgang ist es diesmal in den Gemeindefchulen ganz besonders stürmisch zugegangen. Der Mangel an Gemeindefchulen ist in einigen Stadtbezirken jetzt so groß, daß die Direktoren angesichts der Kinderbedürfnisse, die ihnen bei Beginn des Sommersemesters zugestimmt sind, nicht aus noch ein wissen. Da wird es ein Umhängen geben, wie es seit langem nicht dagewesen ist. Natürlich erledigt sich das nicht in 24 Stunden, sondern es dauert mehrere Tage, ja selbst eine Woche und länger, bis alle Kinder untergebracht sind. Bis dahin müssen die Kinder in den überfüllten Räumen anhalten — zum Schanden nicht nur der Gesundheit, sondern auch des Unterrichtsverlaufes; denn selbstverständlich kann vor Beendigung der Umschulungen von einem rechten Unterrichte kaum die Rede sein. Eine Vorstellung davon, wie schrecklich die Verhältnisse in unseren Gemeindefchulen sind, möge man sich aus der Thatsache bilden, daß die Aufnahmestelle einer im Norden gelegenen Schule diesmal über 100 (hundert!) Kinder zunächst hat aufnehmen müssen. Diese über 100, in einem einzigen Raum zusammengepferchten Kinder müssen zunächst, bis die Ueberzahligen an andere Schulen abgegeben sind, auch zusammen unterrichtet werden, also täglich 3 bezw. 4 Stunden in dem unerschöpflich überfüllten Räume sitzen.

Tödliche Vergiftung aus Unkenntnis der Eigenschaften der Salpetersäure. In der Reußliberwaren-Fabrik von Mühl, Dresdenstraße 35, hat am Sonntag ein Arbeiter Salpetersäure (Schelbwasser), die infolge des Zerplatzens eines Ballons auf den Boden geflossen war, durch Aufstreuen von Sägespänen am Weiterfließen verhindern wollen, wodurch eine heftige Einwirkung von Untersalpetersäure erfolgen mußte, an deren Einwirkung der betreffende Arbeiter am Montag gestorben ist. Dieser Todesfall wäre vermieden worden, wenn entweder die Gewerbe-Aufsichtsbehörde oder die betreffende Betriebsgenossenschaft darauf bedacht gewesen wären, denjenigen Industriellen, die in ihren Betrieben größere Mengen Salpetersäure brauchen, einzuführen, daß vergessene Salpetersäure nie mit Sägespänen, Stroh oder dergleichen aufgenommen werden darf, da dann eine heftige Einwirkung von Untersalpetersäure-Dämpfen eintreten muß, die eingeatmet das Leben im höchsten Maße bedrohen. Der Gewerbe-Aufsichtsbehörde ist dies sehr wohl bekannt. Außer anderen dadurch verursachten tödlichen Unfällen weiß sie, daß am 18. Mai 1897 in Elberfeld zwei und am 2. Juni darauf bei einem Brande in der Schering'schen Fabrik ein Feuerwehmann durch Einatmen dieser Dämpfe ums Leben gekommen ist. Dem Laien liegt allerdings der Gedanke nahe, vergessene Säuren ebenso wie Del und

Wasser durch Sägespäne auffangen zu lassen. Es wäre zu wünschen, daß unsere Gewerbe-Aufsichtsbehörden und Berufsgenossenschaften streng darauf hielten, durch entsprechende Instruktion der Gewerbetätigen derartige verhängnisvolle Irrthümer zu vermeiden. Sie könnten dadurch mehr Nutzen stiften, als durch ihre gewissenhaften Registrierungen von eingetretenen Arbeiter-Erkrankungen und Verletzungen von Medaillen an Arbeiter in ihren jährlichen Publikationen. Wäre die ausgelaufene Untersalpetersäure in obigen Falle einfach reichlich durch Wasser fortgespült worden, so hätte sie die Gesundheit keines Menschen schädigen können. Die Art und Weise der tödlichen Wirkung der eingeatmeten Untersalpetersäure-Dämpfe ist durch die Untersuchungen von Prof. Dr. Rodel in Leipzig außer Frage gestellt. Sie besteht hauptsächlich darin, daß unter ihrem Einflusse die Blutkörperchen zu Klumpen zusammenkleben, welche die Kapillargefäße des Lungengewebes verstopfen. Diese Thrombenbildung bewirkt eine entzündliche Entzündung des Betroffenen, wobei der Tod unter fürchterlichen Schmerzen eintritt.

Der Korbmacher Fischer erzählt sich jetzt aufsehnend ausführlich vom Verleumden der Sozialdemokratie. Er hat abermals den Auftrag erhalten, unsere Partei und ihre „Führer“ mit Not zu bewerkeln und die neue Ordre in einer Proschüre „Hoch die Führer der Sozialdemokratie“ prompt aufzuzählen. Aufsehnend ging die von irgend einem Stimmfühler erteilte Anweisung diesmal dahin, Sozialdemokratie und Anarchismus als einen Leib und eine Seele darzustellen. Auch macht Fischer in dem so sehr beliebten Thema der „freien Liebe“, indem er die Frauen irgendwelcher „Parteilosbinder“ bestraft, daß sie ihren Ehemännern untreu geworden seien. In diesem Prosa geht es weiter. Einem Parteigenossen wird der Vorwurf gemacht, daß er eines Tages bis Mittag gefaselt habe, wodurch er, Fischer, selber, der bei dem Rangschlaffer um Beschäftigung nachgefragt habe, nicht abgefertigt worden sei. Auch einige Reichstags-Abgeordnete werden von dem neuen Cato gerüffelt, weil sie angeblich von der Redaktion des „Vorwärts“ aus nach der Krantentragung gehen und dort Wein trinken.

Genug, Fischer ist diesmal sehr darsig, und die Stimmführung werden ihn, wenn er nächstens nicht plauter wird, bald den Großford höher hängen, namentlich, da er sich unterstellt, einige seiner Konkurrenten in der Sozialistenbewegung, unter anderen den Stier-Verarbeiter Lorenzen, aus Brotgeld herunterzuziehen. Interessant ist in der neuen Endelchrift des Verleumders die Mitteilung, daß bisher von seinem Werke 300 000 Exemplare abgesetzt worden seien, wovon die große Mehrzahl natürlich von arbeiterfeindlichen Unternehmern den Ausbeuteten aufgezogen worden ist. Ist die Proklamation des Fischer auch nur zur Hälfte wahr, so zeigt sie immerhin, wie wehrlos unsere Feinde im Kampfe mit geistigen Waffen gegen uns sind.

Die Fischer'sche Proschüre sollte übrigens, wie wir zuverlässig erfahren, in dem Stichwahlkampfe, auf den die bürgerlichen Parteien hart rechnen, eine Rolle spielen. Man wollte die Verleumdungsschrift in großen Massen unter den Arbeitenden zu verbreiten suchen. Damit ist es nun allerdings nichts geworden und dem braven Fischer geht ein brauchbarer Gewinn aus der Nase.

Kasperle in der „Deutschen Tageszeitung“ erzählt folgende Geschichte: „Ein Tischlergeselle in der Rauhstrasse, der sich als eifriger sozialdemokratischer Agitator hervorgethan und deshalb seine Stellung verloren hatte, geriet in große Not. Da er eine zahlreiche Familie zu ernähren hat, wandte er sich, unter Berufung auf seine Thätigkeit für die Sozialdemokratie, an das Partei-Organ, den „Vorwärts“. Da kam er aber schon an, er wurde herauskomplimentiert mit dem Bescheide, hier sei keine Unterkunftsstelle, er möge sich nur an die Armenverwaltung wenden! Selbst die antwortenden Sozialdemokraten wußten nichts zur Beschönigung eines solchen Verfahrens vorzubringen.“

Kasperle ist vielleicht so freundlich und teilt uns die Personalien des Mannes mit, der als eifriger sozialdemokratischer Agitator auf der Redaktion des „Vorwärts“ um Unterstützung gebeten hat und von ihr an die Armenverwaltung verwiesen worden ist. Dies Gerüchten sollte Kasperle um so eher erfüllen, als ihm dadurch am Ende Gelegenheit gegeben wäre, wenigstens auf einige Augenblicke ernst genommen zu werden.

Die verbreitete Gertraudenstraße wird nach dem Abbruch des alten Köllnischen Rathhauses auf ihrer westlichen Seite eine Hofstraße zeigen, wie sie den Altkölnischen Rathhaus an der Hinterfront der Stralauerstraße und an der Fischerbrücke würdig zur Seite gestellt werden können. Es werden dann, wenn die Straßenbahn zweigleisig an der Hofstraße vorübergeführt ist, die beiden uralten Gebäude in der Schornstraße sichtbar, welche für den von der Firma Rudolph Herzog geplanten Erweiterungsbau in Aussicht genommen sind. Dieser Zustand würde, wie früher schon angedeutet, etwa drei bis vier Jahre andauern, da das eine jener beiden Grundstücke (das Stengelische) erst nach Großjährigkeit des jungen Herrn Herzog angekauft und bebaut werden kann. Bemerkenswert an der Sache ist, daß die beiden Grundstücke ein Feuerrecht (durch Verschönerung) besitzen und zwar nicht allein nach der Gertrauden-, sondern auch nach der Dreierstraße hinaus, so daß die Hofstraße, das nach Abbruch des alten Rathhauses verfügbar bleibende Terrain zu Raumgewinnen zu verwerten, sich als ein trügerisches erwiesen hat. Nach dem Bekanntwerden dieses „erschwerenden“ Umstandes ist, wie gemeldet wird, die Zahl der Bestirwörter des alsbaldigen Abbruchs des Rathhauses sehr zusammengeschmolzen, so daß der für den 1. Oktober d. J. in Aussicht genommene Abbruchstermin in letzter Stunde wohl noch verschoben werden dürfte.

Zwei Arbeiter durch den Sturz in einen Brunnen verunglückt. Auf dem Grundstücke der Schultheiß-Brauerei in der Schönhauser Allee verunglückten gestern Mittag der Schlosser Westphal, Schönhauser Allee 101, und der Schmied Hederich, Hollmannstraße 36. Westphal ist tot, Hederich lebensgefährlich verletzt. Auf dem Hofe der Brauerei befindet sich ein alter Brunnen, dessen Schacht schon seit längerer Zeit erhebliche Mengen Stoffsäure aufwies. Um ihn abzufrieren zu machen, sollte von seiner Sohle aus bis zur Oberfläche ein eisernes Rohr geführt werden. Heute Mittag stiegen die beiden Personen auf der innerhalb des Schachtes angebrachten eisernen Leiter in den Brunnen hinab. Westphal als erster war noch etwa sechs Meter vom Grunde entfernt, als er infolge der aufsteigenden giftigen Gase die Bestimmung verlor und hinabstürzte. Hederich hatte den Sturz bemerkt und kletterte schnell die Leiter hinab, um seinem Kollegen Hilfe zu bringen. Doch ihm ereilte daselbst das Schicksal, auch er stürzte hinab. Die alarmierte Feuerwehrt war schnell zur Stelle. Brandmeister Hammer von der dritten Kompanie ließ sofort Rettungseile und Fangleine in den Brunnen hinab, an denen Rettungsmannschaften hinabgelassen wurden. Die Verunglückten wurden emporgezogen und nach dem Rathshaus gebracht. Die Samariter der Feuerwehrt stellten nun im Verein mit zwei inwäuschen eingetroffenen Verzten der Unfallstation eine Stunde hindurch Wiederbelebungsvorläufe an, die bei Hederich schließlich auch von Erfolg waren, während bei Westphal nur der bereits eingetretene Tod festzustellen war. Hederich, dessen Zustand besorgniserregend ist, wurde nach dem Kranthause Friedrichshain geschafft, während W. nach dem Schauhause gebracht wurde.

Im Botanischen Garten ist dem Publikum das Kalkenhaus Montag und Donnerstags von 4 1/2 bis 6 1/2 Uhr nachmittags geöffnet. Duftend und farbenprächtig wechseln in reicher Fülle Kalken, Rhododendron und Ponticum mit den stolzen Kamellen.

Besondere Schüler-Frischwagen werden, wie in den letzten Sommersemestern, auch in diesem Jahre wieder auf verschiedenen Straßenbahnlinien vom heutigen Beginn des neuen Schul-Jahrs

Jahres an abgelesen werden. Es verkehren danach von heute an auf der Linie Glogauerstraße—Dönhofsplatz ein Schillerwagen ab Glogauerstraße morgens 6,00 und ab Dönhofsplatz 6,32; auf der Linie Silesisches Thor—Zoologischer Garten ab Silesisches Thor um 5,54 und ab Zoologischer Garten 6,40; Charlottenburg—Gefundenbrunn um 5,27 und umgekehrt 6,27; Charlottenstraße—Meinendorfer ab Charlottenstraße 6,20; Ziegel—Charlottenstraße ab Ziegel um 6 Uhr, doch nur bis zum Dramenburger Thor; endlich auf der Linie Nieder-Schönhausen—Pankow—Berlin (Mathaus) ab Nieder-Schönhausen 5,55 und ab Mathaus um 6,15 Uhr; hier Doppelwagen.

Der Sommer-Fahrplan der kgl. Eisenbahndirektion Berlin, welcher am 1. Mai in Kraft tritt, bringt eine Reihe von wichtigen Veränderungen: Auf dem Silesien werden die Jüge, welche von der Stadtbahn auf dem Silesischen Bahnhof um 8³¹, 4⁰¹ und 4³¹ nachmittags eintreffen, bis Nixdorf verlängert. Von Nixdorf nach dem Silesischen Bahnhof werden drei Jüge neu eingelegt: um 4²¹, 5⁰¹ und 5³¹ nachmittags. Die Jüge ab Stralau-Nummelsburg um 3⁴⁴ und 3⁵⁴, ab Westend 3⁴⁴ und 3⁵⁴ nachmittags verkehren fortan über den Nordring. Zwischen Stralau-Nummelsburg und Weihensee werden 14 Jüge in jeder Richtung neu eingelegt. Im Vorortverkehr finden die Wünsche der Anwohner der Nordbahn weitestgehende Berücksichtigung. Zwischen Stettiner Bahnhof und Hermsdorf werden neu eingelegt: die Jüge ab Stettiner Bahnhof um 5²², 2¹⁵, 3¹⁵, 5¹⁵ und 6¹⁵ ab Hermsdorf 5²², 3¹⁵, 4¹⁵, 6¹⁵ und 7¹⁵. Im Interesse des Gartenbesizers an der Jossener Straße wird von Jossen ein Frühzug um 5²² eingelegt. Außerdem verkehren neu: ab Anhalter Bahnhof 11²² bis Jossen ab Anhalter Bahnhof 5⁰⁰ ab Mahlow 6¹¹. Von Nieder-Schönhausen-Johannisthal nach dem Götlicher Bahnhof werden neu eingelegt um 5²², 6²², 6³², 7²², von Spindlersfeld ab 5²², 6²², 6³² und 7²² ab Weitzen. Die Jüge ab Lehrter Bahnhof 5²², ab Spandau 6²² werden bis Seefeld verlängert. Zwischen Ziegel und Stettiner Bahnhof werden neu eingelegt die Jüge ab Ziegel 7²⁴ und 9²⁴, ab Stettiner Bahnhof 9²⁴. Zwischen Lehrter Bahnhof und Dallgow-Döberitz werden die Jüge ab Lehrter Bahnhof 7²² und 4⁰⁸, ab Dallgow-Döberitz 11⁰⁰ und 8²² für die Zeit vom 1. Mai bis 31. August eingelegt. Der Vormittagszug vom Silesischen Bahnhof über die Stadtbahn wird bis Potsdam durchgeführt. Der bisherige Zug ab Wannsee 6¹⁶ wird bereits von Potsdam abgelesen. Der Zug ab Erkner 11²² geht jetzt schon 10²². Der Zug ab Charlottenburg 11²² wird bis Strassberg verlängert. Der Zug ab Nichtenberg-Friedrichsfelde 1²² wird bereits von Strassberg abgelesen. Dagegen wird der Zug ab Nichtenberg-Friedrichsfelde um 11²² erst um 11²² abgelesen. Der Zug ab Bernau 3⁰⁰ geht schon um 2⁰⁰. Der Zug ab Wlantenburg 2¹¹ fährt erst um 6²² ab nach Berlin (Stettiner Vorortbahnhof). Die Jüge ab Anhalter Bahnhof 6⁴¹, ab Mahlow 7¹⁹ werden bis Jossen beibehalten. Der Zug ab Anhalter Bahnhof 9¹⁹ wird bereits um 9⁰⁴ nach Jossen abgelesen. Auf der Wannseebahn werden die Jüge ab Berlin 10⁰⁰ und ab Zehlendorf 11²⁷ bis Schlagentensee verlängert. Auf der Strecke Berlin-Krömmen wird der Zug ab Stettiner Fernbahnhof 8²² erst um 6²² abgelesen und beschleunigt, so daß er 11²² in Krömmen eintrifft. Ebenso wird der Zug ab Krömmen 9²² erst um 9²² abgelesen und beschleunigt, so daß er 11²² in Berlin ankommt.

Auf der Unfallstation gestorben ist gestern Nachmittag der 53 Jahre alte Kaufmann Meyer Lewin aus der Steglitzerstr. 4, der seit 26 Jahren in einem Vauzgeschäft in der Bendlerstraße als Buchhalter angestellt war. Lewin wollte um 5 Uhr an der Ecke der Bendler- und Tiergartenstraße eine Postkarte in den Briefkasten stecken, um seiner Frau mitzuteilen, daß er eines Geschäftsganges wegen erst später als gewöhnlich nach Hause kommen könne. Da brach er plötzlich bewußtlos zusammen. Leute, die dazu kamen, brachten ihn nach der nächsten, allerdings ziemlich weit entfernt gelegenen Unfallstation in der Fiedlerstraße. Hier starb der Kranke kaum fünf Minuten nach der Ankunft unter den Händen der Ärzte, wahrscheinlich am Herzschlag.

Vor etwa vier Wochen verschwand die Arbeiterin Helene Alisch plötzlich aus ihrer Wohnung Schönleinstr. 26, ohne daß die Angehörigen irgend eine Ahnung von dem Verbleib der Verschwindenden hatten. Eine traurige Auffklärung erfolgte dieser Tage, als die Leiche des 18-jährigen Mädchens an der Beseelungs-Brücke landete. Helene Alisch hatte aus Liebesgram freiwillig den Tod gesucht. Nicht allein von den Eltern und Geschwistern, sondern auch von ihren Mitarbeiterinnen in der Buchbinderei von Paumbach u. Co. in der Cranienstr. 141, wo sie vier Jahre lang beschäftigt war, wird das Geschick der Vermissten lebhaft betrauert; die früheren Kolleginnen beklagten ihre Teilnahme durch Kranzspenden sowie durch eine Geldsammlung und werden sich gleichfalls an der heute Abend 6 Uhr von der Leichenhalle des Jakobikirchhofes, Hermannstraße, Nixdorf, aus erfolgenden Beerdigung einmütig beteiligen.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Unter den Rindviehbeständen des Rollereibesitzer Krüger, Gogolowstr. 4, des Wollereibesitzer Dauter, Gogolowstr. 15, und der Wollereibesitzerin Witwe Kunowski ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Ein Zusammenstoß zwischen einem elektrischen Straßenbahnwagen und einer Taximeterdrohne fand Montagabend gegen 9¹⁵ Uhr in Charlottenburg vor dem Hause Verlmerstr. 17/18 statt. Dabei kamen der Univeritätsprofessor O. Israel aus der Knechtstr. 1 und sein Sohn Fritz zu Schaden. Israel wurde nur leicht verletzt, sein Sohn dagegen so schwer, daß man ihn zunächst in die Dr. Edelsteins Heilanstalt und nach Anlegung eines Verbandes von hier in das Charlottenburger Krankenhaus bringen mußte.

Zu dem empfindlichen Verluste, von dem der Großschlächtermeister Paul Grise betroffen wurde, wird gemeldet, daß die Vieftasche mit den Wertpapieren noch nicht gefunden ist. Grise hatte die große Summe, die er am Montag zum Auszahlen seiner Viehkommissionäre gebrauchen wollte, beim Ausgehen zu sich gefast, weil er kein diebstahlsicheres Geldspind besaß. Er trug die gelbe Tasche mit sechs Fächern in einer Innentasche unter der Weste. Mit den Viehkommissionären, die Grise infolge seines Verlustes gestern nicht befriedigen konnte, hat er sich auf spätere Zahlung geeinigt.

Eine Tragödie. Gestern Vormittag stürzte der drei Jahre alte Sohn des Schiffers Louis Rihmann aus Jossen von dem Rahne seines Vaters ins Wasser und ertrank. Der Vater, welcher mit dem Ausladen des gegenüber dem Hause Michaelstr. 22/23 liegenden Kadnes beschäftigt war, vernahm den Knaben erst nach längerer Zeit und sah ihn auf dem Wasser treiben. Als er ihn herauszog, war der Tod bereits eingetreten.

Nichtlings große Spezialkarte von Grunewald, Harzig, 1 M., ist bei Alexander Niebling in Berlin SW. soeben in sechster Auflage erschienen. Die in dem großen Maßstabe 1:25 000 gezeichnete, an Ort und Stelle sorgfältig gewählte Karte zeigt ein neues Bild des gegenwärtigen Zustandes. Die 16 Eingänge des Waldzuges sind deutlich markiert, die gesperrten Wege, deren Betreten mit Strafe bedroht ist, sind genau bezeichnet, die Abholungen der letzten Jahre, die vielfach ein Verlegen der Wege zur Folge hatten, treten deutlich hervor, Chaussees und Pflasterwege, sowie alle lohnenden Touristenwege sind in besonderem Maße angelegt.

Freie Volkshöhle. Die Ordner haben heute, Mittwoch, abends 8¹⁵ Uhr, Sitzung bei Jubel, Lindenstr. 106. — Die Vorstellung der ersten Abteilung, 9. Serie, beginnt nicht am 16., sondern am 30. April im Lessing-Theater mit Gogols „Revisor“. — Vierte Abteilung Sonntag, den 16. April, „Der Erbfolger“. — Die 6. Abteilung ist geschlossen. Einige neue Mitglieder finden Aufnahme in der 4. und 5. Abteilung.

Zu der Opernvorstellung am 23. April im Theater des Westens („Freischütz“) können nur soviel Karten ausgeben werden, als Plätze im Theater des Westens vorhanden sind. Verantwortlich werden nur diejenigen Mitglieder, die sich in ihrer Zahlstelle zu erst einzeln melden, Nichtmitglieder können überhaupt keine Karten erhalten. — Die Mitglieder der fünften Abteilung werden ersucht, keine Opernkarten zu lösen, da an diesem Sonntag die Vorstellung des „Erbfolgers“ für die fünfte Abteilung stattfindet. — Die Verlosung der Plätze beginnt um 2 Uhr im Foyer

des Theaters, die Vorstellung um 3 Uhr. Der Preis für die Garderobe beträgt 15 Pf. Die Mitglieder werden ersucht, die Garderobe abzugeben, da das Defizit der Garderobe aus der Vereinskasse gedeckt werden muß. (Siehe heutiges Inserat.) Der Vorstand, J. A.: G. Winkler.

Der Circus Busch giebt heute seine letzte Vorstellung, um nach Wien überzusiedeln, wo er bis zu seiner Rückkehr hierher im Herbst bleiben wird.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. In der Sitzung der Stadtverordneten am Montag kam die Einrichtung eines Arbeitsnachweises wieder zur Verhandlung. Die Stadtverordneten hatten unterm 20. Februar dieses Jahres einen Antrag angenommen, wonach die Vermittlung von gelehrten Arbeitern und von Diensthöfen für Arbeitgeber und Herrschaften kostenlos zu erfolgen habe. Der Magistrat ist diesem Beschlusse jedoch nicht beigetreten und verlangt die Einziehung einer gemischten Deputation, welche die Frage einer Vermittlungs-Gebühr zu prüfen habe. Genosse Obst drückte unter Zustimmung der Versammlung sein Erstaunen darüber aus, daß der Magistrat, trotzdem die Stadtverordneten fast einstimmig der losenfreien Vermittlung das Wort geredet haben, mit einer solchen neuen Vorlage komme. Mit großer Mehrheit wurde darauf die Magistratsvorlage abgelehnt. — Darauf erfolgte die Wahl einer gemischten Deputation zur Beratung des „Normal-Versorgungs-Etats“ für die städtischen Beamten. Unter großer Spannung des Hauses ergriff nunmehr Stadtrat Leidig das Wort, um die Vorlage des Magistrats: „Beschaffung eines eigenen Elektrizitätswerks“, zu begründen. Seit längerer Zeit besteht in allen Kreisen der Einwohnerschaft der Wunsch, ein derartiges Werk für Beleuchtung und Kraftübertragung zu besitzen; dasselbe würde eine vorteilhafte Einnahmequelle für die Stadt werden. Nach dem Stadtrat Leidig giebt es nur zwei Möglichkeiten zur Erreichung dieses Zieles: Erstens man erteile, wie es in Berlin der Fall ist, einem Unternehmer auf eine bestimmte Reihe von Jahren, zunächst auf 15 Jahre, eine Konzession zum Legen elektrischer Leitungen in den Straßen, der Unternehmer hätte den elektrischen Strom in einem eigenen Elektrizitätswerke zu erzeugen. Er würde verpflichtet sein, das ganze Werk nach Ablauf der 15 Jahre uns auf Verlangen zu verkaufen. Die Einwohnerschaft hätte den Strom nach dem in Berlin geltenden Satze zu bezahlen. Der zweite Weg, für den sich der Magistrat und die Hoch- und Tiefbaukommission einstimmig entschieden hätten, sei der, wie es in Charlottenburg beabsichtigt ist, das Werk auf eigene Rechnung zu errichten, und nach der Betriebseröffnung am den Erbauer auf 10 Jahre zu verpachten, wobei die Stadt sich das Recht der früheren Kündigung vorbehalte. Der Unternehmer würde uns von Beginn an die Verzinsung und Amortisation des Anlagekapitals sicher zu stellen und einen Gewinnanteil zu zahlen haben. Der Vorlage des Magistrats wurde im Prinzip entprochen und die Wahl einer Kommission zur Vorberatung vollzogen. Zum Schluß beriet man die Vorlage, betr. Uebertragung der Arbeiten des gemeinsamen Entwässerungsprojektes für die drei Gemeinden an den Stadtbaurath a. D. Dr. Dies Projekt der Gemeinden Schöneberg, Friedenau und D. Wilmersdorf stellt sich auf 15 Millionen Mark. Die von den Gemeinden gewählte Kanalkommission hat eine Verständigung erzielt und einen Vertrag entworfen, der die Zustimmung des Magistrats erhalten hat. Stadtr. Kunyich verlangt in Anbetracht der Wichtigkeit dieser Vorlage eine Ausschussberatung. Indem der Bürgermeister auf die Dringlichkeit eines Beschlusses in dieser Sache hinweist, bittet er die Versammlung, Vertrauen in dieser Hinsicht zu dem Magistrat zu haben. Jeder Tag der Fögerung sei verhängnisvoll, da, falls bis April 1900 eine Verständigung der beteiligten Gemeinden nicht erzielt sei, der Landrat des Kreises Lettow endgültig darüber zu entscheiden hat, in welcher Weise die Entwässerungsanlagen zur Ausführung kommen sollen. Nach lebhafter Debatte kam man zu folgender Beschlusfassung: „Der Uebertragung der Arbeiten des gemeinsamen Entwässerungsprojektes für die drei Gemeinden an Stadtbaurath Orig in Wiesbaden wird zugestimmt und die Zahlung des anteiligen Beitrages von ca. 40 000 M. zu den mit ca. 60 000 M. geforderten Kosten des Projektes aus dem Kanalisationsfonds genehmigt. Dieser Betrag wird der gemeinschaftlichen Kanalisations-Kommission zur Verfügung gestellt. Der Magistrat wird ermächtigt, die auf Grund der Kommissionsbeschlüsse abzuschließenden Verträge zu vollziehen.“

In Friedrichshagen hat in der Nähe des Kirchhofs ein flebzehnjähriger Christijahreslehrling durch Erhängen seinem jungen Leben ein Ende bereitet. Sofort angestellte Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Ein Grund für die That des jungen Mannes, der seit 14 Tagen seine Arbeitsstelle in Berlin nicht mehr aufgesucht hatte, ist weder den Eltern, noch den Lehrern bekannt.

Aus Spandau meldet der „Anz. f. d. Havell.“: Unter den russischen Auswanderern, die auf der Reise nach den Hafenstädten durch Deutschland kommen, treten in neuerer Zeit ungewöhnlich oft ansteckende Krankheiten auf, deren Keim sie aus der Heimat mitgebracht haben. Zur Zeit sind an den Kontrollstellen der Grenzstationen als auch auf dem Auswanderer-Bahnhofen Kahlenberg zahlreiche Auswanderer mit ihren Angehörigen in ärztlicher Behandlung, bzw. unter Beobachtung. Meistens sind die Leute von den Pocken und anderen ansteckenden Hautkrankheiten befallen.

Aus Konkreuzenid ist in Spandau ein wohlhabender Bädermeister und Eigentümer zum Diebe geworden. Er eignete sich morgens die von anderen Bädermeistern gelieferten an den Zehlfingern angehängten Beutel mit Wadswaare an, um diese bei Seite zu schaffen, damit die Konkurrenten hierdurch als unzuverlässig bei ihren Kunden bekannt würden. Am Sonntag wurde er dabei abgefaßt.

Marktpreise von Berlin am 10. April 1899

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.							
*) Weizen	D.-Gr.	15,80	14,20	Schweinefleisch	1 kg	1,60	1,20
*) Roggen	..	14,50	13,50	Rindfleisch	..	1,80	1,-
*) Futter-Gerste	..	13,20	12,40	Hammelfleisch	..	1,60	1,-
*) Hafer gut	..	15,40	14,90	Butter	..	2,60	2,-
.. mittel	..	14,80	14,20	Eier, 60 Stück	..	4,-	2,40
.. gering	..	14,10	13,50	Kartoffeln	1 kg	2,20	1,-
Nichtstroh	..	4,50	3,66	Holz	..	3,-	2,-
Heu	..	6,80	4,20	Fahder	..	2,80	1,-
*) Erbsen	..	40,-	25,-	Heute	..	2,-	1,20
*) Speldeböhen	..	50,-	25,-	Barische	..	1,60	0,80
*) Linien	..	70,-	30,-	Salze	..	2,80	1,20
Kartoffeln, neue	..	6,-	4,-	Viehe	..	1,40	0,80
Rindfleisch, Rente 1 kg	..	1,90	1,20	Ärdele per Schock	..	12,-	3,-
.. do. Bauch	..	1,20	1,-				

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschafskammer — Notierungsstelle — und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

†) Kleinhandelspreise.

Auf den Prunktenmarkt gaben gestern Weizen und Roggen 1/2 M. nach. Hafer und Weizen konnten sich behaupten. Rindfleisch. Die Tendenz zum Spiritusmarkt war matt, die Kauflust zurückhaltend. Zufuhren aus gegen unlangweilig. Angeboren waren 153 000 Liter 70er Ware, die mit 30,20 M. (-0,10 M.) Nehmer fanden. 10er Spiritus nicht vorhanden. Durch Realisationen wurden Termine gedrückt und gaben schließlich 20 bis 30 Pf. nach.

Soziale Rechtspflege.

Dem Arbeiter Schuur waren durch den Ruff einer Eisenbahnwagens die Gelenke des linken Armes derart zertrümmert worden, daß eine sofortige Amputation des Oberarmes notwendig wurde. Der erst Siebzehnjährige erhielt dann nach Verabreichung des Heilverfahrens von der Knappschafts-Vereinsgenossenschaft 80 Prozent der Vorkrente für Unfallverletzte zugewilligt. Der Sachverständige, dessen Gutachten dieser Festsetzung zu Grunde lag, hatte erklärt, daß der Stumpf gut verheilt und die Karbe weder schmerzhaft noch reizbar sei. Schuur hielt sich indessen für nicht genügend ent-

schädigt und legte deshalb Berufung ein, ohne jedoch damit Erfolg zu haben. Das Schiedsgericht berief sich auf das ärztliche Gutachten. Das Reichs-Versicherungsamt, an das der Kläger sich dann noch wandte, hob aber die Vorentscheidung an den Bescheid der Vereinsgenossenschaft auf und verurteilte die letztere, dem Verletzten statt 60 Proz. 70 Proz. der Vorkrente zu gewähren. Der Verletzte führte aus, daß für den Verlust des linken Oberarmes eine Rente von 60 Proz. nicht ausreichte.

Schlaganfall während der Arbeit. Der Landwirt Marquardt hatte einen Schlaganfall erlitten, als er mit dem Dreifchen von Getreide beschäftigt war; er verlangte deshalb von der and-wirtschaftlichen Vereinsgenossenschaft eine Unfallrente. M. machte geltend, er sei von der Arbeit sehr erholt gewesen und sei zusammengebracht, als ihn beim Öffnen der Thür ein eisiger Luftzug berührt habe. Die Vereinsgenossenschaft lehnte den Anspruch ab, worauf M. beim Schiedsgericht Berufung einlegte. Ein Zeuge bestätigte die Behauptung des Klägers, daß er die letzten 12 Jahre kräftig und gesund gewesen sei. Das Schiedsgericht billigte Marquardt die Rente zu, indem es die Angaben des Klägers seiner Entscheidung zu Grunde legte. Die Vereinsgenossenschaft wandte sich hiergegen mit dem Rechtsmittel des Rekurses und erzielte zunächst, daß das Reichs-Versicherungsamt ein Obergutachten des Professors Fehnel einholte. Dieser führte aus: Es stehe fest, daß die Blutung, die den Schlaganfall des Klägers bedingte, durch Zerrung eines kleinen verstopften Gehirngefäßes herbeigeführt worden sei. Ein solcher Zustand könne sehr wohl entstehen, wenn jemand nach großer körperlicher Anstrengung eine plötzliche Abkühlung erfahre. Träten die Behauptungen des Klägers zu, dann wäre es nicht unwahrscheinlich, daß ein eisiger Luftzug den Schlaganfall des Klägers unmittelbar verursacht habe. — Das Reichs-Versicherungsamt hob das schiedsgerichtliche Urteil auf und stellte den ablehnenden Bescheid der Vereinsgenossenschaft mit der Begründung wieder her, daß nach dem Gutachten eine an Gewißheit grenzende Wahrscheinlichkeit für den ursächlichen Zusammenhang der Arbeit mit dem Schlaganfall nicht darzulegen sei. Eine solche Wahrscheinlichkeit müsse aber mindestens vorliegen, wenn ein Rentenanspruch anerkannt werden solle. Im übrigen sei nicht erwiesen, noch überhaupt nachweisbar, daß ein kalter Luftzug auf den Kläger eingewirkt habe.

Gerichts-Beitrag.

Wegen Beleidigung von Magdeburger Behörden und Gerichten, nämlich a) der Beamten des Postpräsidiums, b) der Staatsanwaltschaft, c) der Richter des Amtsgerichts, d) der Richter des Landgerichts hatte sich, wie wir in Nr. 77 mitteilten, am 30. März d. J. unser verantwortlicher Redacteur A. Jacoby zu verantworten. Die Verhandlung fand statt vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Braun. Das Beleidigungdelikt war nicht leicht zu erweisen.

In der Kammer vom 21. Oktober v. J. des „Vorwärts“ erschien ein aus Magdeburg datierter Artikel, der nach Ansicht der Staatsanwaltschaft in der Einleitung den Vorwurf der Parteilichkeit gegen die drei Behörden in Magdeburg enthielt und die vierte Strafkammer am hiesigen Landgericht I folgte auch den Darlegungen des Staatsanwalts. Sie verurteilte unseren Kollegen zu dreihundert Mark Geldstrafe. Auf den Weisungsantrag des Verteidigers hoffte, daß in den letzten Jahren bei den genannten drei Magdeburger Behörden eine unverhältnismäßig große Anzahl von Strafverfahren, die sich auf politischem oder gewerkschaftlichem Gebiete bewegten, mit Abweisung bzw. Freisprechung geendet hätten, ging das hiesige Gericht nicht ein; der Angeklagte wurde zu der angegebenen hohen Strafe verurteilt.

Derselbe Fall stand nun gestern in Magdeburg zur Verhandlung. Unser voriges Partei-Organ hatte den Artikel des „Vorwärts“ freilich mit einigen unwesentlichen Änderungen abgedruckt und vom Staatsanwalt war auch dort auf Antrag der Behörden, die beleidigt sein wollten, die öffentliche Anklage erhoben worden. Das Magdeburger Gericht sprach aber den Angeklagten von Strafe und Kosten frei unter der durchaus richtigen Begründung, daß in den vom Staatsanwalt angezogenen Worten nichts enthalten sei, was die angeblich beleidigten Faktoren im strafrechtlichen Sinne verletzen könnte. Unschicklich wird diese verschiedenartige Behandlung zweier gleicher Fälle auch in der bürgerlichen Welt einiges Befremden erregen.

Die Forderungen des Vereinsgesetzes. Im vorigen Jahre wurde eine Versammlung der Jahrestelle Breslau des Zentralverbandes deutscher Maurer polizeilich aufgelöst, weil der Vorsitzende Herrmann sich weigerte, dem überwachenden Beamten den Namen und die Wohnung der Redner anzugeben. Gegen Herrmann wurde dann noch ein Strafverfahren wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz eingeleitet. Der Angeklagte bestritt, daß er verpflichtet gewesen wäre, dem Verlangen des Beamten zu folgen. Die Bestimmung des Vereinsgesetzes, daß der Vorsitzende einer Versammlung dem Abgeordneten der Polizei auf Erfordern über die Person der Redner Auskunft geben müsse, beziehe sich nach dem Wortlaut des § 4 nur auf Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollten. Das sei bei der fraglichen Versammlung nicht der Fall gewesen, denn auf der Tagesordnung hätten nur folgende Punkte gestanden: 1. Wie viel Kollegen arbeiten für mehr als 40 Pfennige pro Stunde. 2. Entlohnungsfest. 3. Abkempfung der Wochenbeiträge. 4. Ueber Streikfonds. Das Schöffengericht verurteilte jedoch den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 30 M., während das Berufungsgericht seinen Ausschließungen folgte und ihn freisprach. In der Verhandlung seines Urteils betonte noch das Landgericht, daß es sich bei keiner der Angelegenheiten, die die Tagesordnung verzeichnete, um öffentliche Interessen gehandelt habe. Es wären lediglich die Privatinteressen der Maurer in Frage gekommen. Das Kammergericht hob indessen auf die Revision der Staatsanwaltschaft das landgerichtliche Urteil wieder auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurück. Begründet wurde angeführt, daß der Vorderrichter den Begriff der öffentlichen Angelegenheiten verkannt habe. Sonder in der Tagesordnung einer Versammlung vorgezeichneten Verhandlung über den Streikfonds könne man sagen, es handele sich um eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten. Die Aufbringung und Verwaltung eines Streikfonds sei eine Frage der Lohnbewegung und durch Lohnbewegungen könnten die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse berührt werden. Damit befände man sich aber auf dem Gebiete der Sozialpolitik, also einer öffentlichen Angelegenheit.

Richter und Verteidigung. In welcher missliche Lage ein Verteidiger bei der Ausübung seines Berufes geraten kann, beweist folgender Fall: In einer vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I verhandelten Anklage wegen Konkreuzenidens, in welcher Rechtsanwalt Dr. Schöps den Angeklagten vertrat, stellte der Verteidiger eine Behauptung auf, die dem Staatsanwalt zu der Bemerkung Veranlassung gab: Der Verteidiger lege dem Angeklagten die in der Behauptung aufgestellten Thatsachen geradezu erst in den Mund. Gegen diese Äußerung legte der Verteidiger Verwahrung ein und rief den Schutz des Vorsitzenden hiergegen an. Dieser wurde ihm aber nicht nur nicht gewährt, vielmehr verurteilte der Vorsitzende den Beschuldigten des Gerichts dahin, daß dem Verteidiger wegen der Form seiner Worte und des überlauten Tons derselben eine Ordnungsstrafe von 80 Mark auferlegt werde. Auf die Beschwerde des Verteidigers hat jetzt das Kammergericht diese Ordnungsstrafe auf — 3 Mark ermäßigt. Das Kammergericht erkennt in seinem Beschlusse ausdrücklich an, daß der Verteidiger gegründete Veranlassung hatte, sich gegen den Vorwurf des Staatsanwalts zu verwehren. Der Ausdruck einer gewissen Erregung hierbei sei auch erklärlich und entschuldigbar und eine Ueber-schreitung der Grenzen der Verteidigung nur in dem Ton der Ver-

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, den 12. April.
Opernhaus. Die Africana. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Herodes und Marianna. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues ital. Opern-Theater (Kroll). Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Gemälde. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leffing. Heimat. Vorher: Nocturno. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Play den Frauen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens. Der Schlafwagen. Kontroleur. Vorher: Zum Ginfiedler. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Hofkunst. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Zell. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Leichte Kavallerie. Darauf: Chand d'habits. (Der Kleiderhändler). Anf. 7 1/2 Uhr.
Schiller. Der Mann im Monde. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Puppe. Anf. 8 Uhr.
Thalia. Der Raub der Sabinerinnen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Eulien. Nach berühmten Mustern. Anfang 8 Uhr.
Velle-Miliane. Fuhrmann Gentschel. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches. Das Mädchen von Schöneberg. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Die Lebensmänner von Berlin oder: Der Klub der Harmlosen. Anfang 8 Uhr.
Wiener Volkstheater. Unschuldig. Ihr Cousin. Anfang 7 Uhr.
Ostend. Die Bulgaria. Anf. 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Feen-Palast. Spezialitäten-Vorstellung.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Urania
Taubenstrasse 48/49.
Im Theater:
Das Land der Fjorde.
Im Hörsaal:
Prof. Dr. Müller: „Das Leben der Vorwelt.“
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags täglich 6-10 Uhr.
Passage-Panoptikum.
Gediffnet
9 Uhr früh bis
10 Uhr abends
Das
Nierenweib.
Die schöne
Tarnierte.
Son 6 1/2 Uhr:
Theatre variétés.
Excelsior,
dargestellt
von 500 tägl.
Kunstlern.
Mittwoch, Sonnabend, Sonntag
4 Uhr: Kindervorstellung.
**Castan's
Panoptikum.**
Ital. Sänger- u. Tänzer-Gesellschaft.
„Santa Lucia“.
Die berühmten „lebenden
Bilder“.
Neu! Dreyfus-Esterhazy.
Apollo-Theater.
Ne. et Mr.
**Bianca-Desroches
La Bella
Brothers Welton
Carmanellis
Prof. Imanns
Ein Abenteurer
im Harem**
etc. etc. etc.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vorverkauf täglich im Theater
und beim „Kinastierdank“, Unter
den Linden 69.
Mährs Theater
Oranien-Strasse 21.
Täglich:
Der Atingeljunge von Bolle.
Lebensbild
in 3 Akten von Paul Wolfgang.
Eine alltägliche Geschichte.
Poffe in 1 Akt von G. Stand.
Anfang 8 Uhr. - Sonntag 6 Uhr.
Wochentags haben Bonus-Giltigkeit.

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz.
Mittwoch, den 12. April:
Um 9 Uhr:
Leichte Kavallerie.
Operette in 2 Akten v. Franz v. Suppé.
Um 9 Uhr:
Chand d'habits
(Der Kleiderhändler).
Pantomime
in 3 Bildern von Catulle Mendès.
Bierrot: Mr. Séverin.
Donnerstag, Freitag, Sonnabend:
Dieselbe Vorstellung.
In Vorbereitung:
Die eiserne Jungfrau.
Bauderville in 3 Akten von Barne.
Alcazar-Theater
Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: Richard Winkler.
Täglich mit stürmischem Jubel!
**Endlich
allein!**
Gelang-Poffe von Job. Gähner.
Müßl von Max Schmidt.
In Scene gesetzt v. Otto Wendi.
Dazu das vorzügliche
neue Special-Programm u. a.
Mr. James Thomas,
Juggler on the wire
Wochentags Entree frei!
Sonntags 30 Pf.
**CIRCUS
BUSCH**
Mittwoch, den 12. April 1899:
Unwiderruflich
Dant- u. Abchiedsvorstellung.
Zum 152. Male:
**PERSIEN.
Dantjagung.**
Bei meiner Abreise nach Wien
kann ich nicht umhin, dem hoch-
verehrten Publikum meiner Vaterstadt
Berlin hiermit meinen tiefgefühltesten
Dank auszusprechen für die großen
und anhaltenden Beweise von Sym-
pathe, welche man mir und meinem
Kunststücker aus allen Kreisen der
hauptstädtlichen Bevölkerung auch in
dieser, nunmehr beendeten Saison ent-
gegengebracht hat. Ich bitte, mir
dieses Wohlwollen auch für die
kommende Saison zu bewahren, und
samm ich jetzt schon verheißt, daß es
mein unentwegtes Bestreben bleiben
soll, durch ganz sensationelle Ueber-
reichungen und absolute Neuheiten
auf allen einschlägigen Gebieten der
eisenkünstlerischen Kunst mit die
Spitzen des geistigen Publikums
auch jetzt zu erhalten. Indem ich
sachlich auch den hohen Staats-
und städtischen Behörden sowie der
geräumten hauptstädtlichen Presse für
das mir hiesig bewiesene Wohlwollen
meinen aufrichtigsten Dank ausspreche,
sichere ich in der Erwartung hohen
Wiedersehens im Herbst
hochachtungsvoll ergebend
P. Busch, Direktor.

Ein neuer Abendkurjus
beginnt heute, am 12. April, abends 8 Uhr.
G. Jacksons Elektrotechnik. Alte Jakobstr. 24.
**Feen-Palast-
Theater**
Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Das neue erstklassige
Spezialitäten-Programm.
Großes Niesen-Programm.
25 Nummern! 40 Künstler!
Besonders hervorzuheben:
Die liegenden Menschen.
Clown Volk, Tierfaunille.
Lebende Photographien.
Dazu um 8 1/2 Uhr: Der
größte Schläger der Saison:
Fuhrmann Gentschel.
Berliner Kollidist mit Gesang.
Fuhrmann Gentschel: Direktor
Wilhelm Fiedel. Neue, keine
Tochter: Helene Roh.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 6 Uhr.
Blut-Bord. vorn. v. 11-1 Uhr.
Sonnabend, den 15. April:
Benefiz für den Kapellmeister
Alfred Sommerfeldt.
Circus Renz-Riesen-Tunnel.
Direktion: J. M. Hill.
Täglich:
**Konzert- und Spezialitäten-
Vorstellung.**
Auftreten von Künstlern 1. Ranges.
Jeden Sonnabend und Sonntag
nach der Vorstellung
Tanzkränzchen.
Kein Baden!
Empfehle mein reichhaltiges
Lager in
**Filz- und Seidenhüten,
Schirmen**
in den neuesten Façons und
Farben, äußerst billige Preise.
Richard Klose, Anflamerstr. 41,
geöffnet Haus von der Brunnenstraße. Eingang vom Hausflur.
Bitte genau auf die Hausnummer zu achten.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger
Heute
Neues Elite-Programm.
(Mehfel,
Pietro, Britton,
Steidl, Krone,
Schneider
und Schröder.)
Britton als
Bauteil-Schulze
der 201. vom Regiment.
Anfang präc. 8 Uhr.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Numerierter Balkon 75 Pf., Balkon-
Loge 1 Mk., Orchester-Loge 1,50 Mk.
Fremdenloge 2 Mk. Tageskasse 11-1.
Die Plätze zu den numerierten
Sitzgen sind seit 8 Tage lang vor-
her zu haben.
Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48.
Täglich: **Hoffmann's
Quartett-Humoristen**
Großartiges Programm,
darunter die vorzäh. Skizze
Die letzte Fahrt
und **Itallano Berolin.**
Die letzte Vorstellung im
Concerthaus vor Abbruch
deselben findet statt am
Sonntag, den 23. April.
Ich, Hofmeister Hans Schwert, habe
die Besetzung auf mit Herrn Karl
Hoffmann, Pianist.
Vermietungen.
Zimmer.
Jung. Mann sucht möbl. Zimmer.
Preisangeb. Off. W. B. 21, Postamt 45.
Ein K. möbl. Zimmer od. bessere
Schlafst. f. auß. Mädchen per sof. od.
zum 1. Mai gesucht. Off. a. Fr. Meier,
Ritterstr. 109, Duges. III. l. d. Schwarz.
Schlafstellen.
Möbl. auch Schlafst., 10 Mr., Kollege,
Graudenzstr. 3, rechts. Aufg. II. 116.
Arbeitsmarkt.
Achtung, Holzarbeiter!
Bei Holz, Krautstr. 52.
haben die Kollegen im Streik.
Zugang ist ferngehalten.
Achtung, Bauarbeiter!
Da die Kollegen in **Zehlendorf**
sich im Lohnkampf befinden, eruchen
wir die Bauarbeiter Berlin und Um-
gegend, den Zugang strengstens fernzu-
halten. **Die Lohnkommission.**
30/7 J. K. W. Roal.
Achtung, Drechsler!
In der Bildhauerstr. 14, haben sämtliche
Drechsler wegen Differenzen die
Arbeit niedergelegt.
79/14
Zugang fernhalten.
Stellenangebote.
Kunstschmiede
und **Schlosser**, tüchtige, welche selbst-
ständig arbeiten können, verlangt
24833 **Turner. 68.**
Tüchtige Farbigenmacher verlangt
2534b Krißian, Kottbuser Ufer 32.
Tüchtige
Gravure und Gießeure,
welche geeignet sind, sich dauernde
Stellung bei sehr hohem Verdienst
dadurch zu verschaffen, daß sie sich
auf Glasformen einarbeiten möchten,
werden gesucht. 14459*
Bereits auf Glasformen ein-
gearbeitete Gießeure verdienen
ca. 35-40 Mr. pro Woche. Offerten
unter C. 1 a. d. Exped. d. „Vorwärts“.
Tüchtigen Schriftfuehrer
auf Granit und Marmor verlangt
2007b Perschke, Bergmannstr. 32.
Wader auf Goldblech. Waldemarstr. 15.
Buchbinder 26195
zum Anwerben, Lohn 17 Mr., ver-
langt **Paul Finkenrath,**
Alte Jakobstr. 66.
Drechsler verlangt Klappst.-
fabrik Briggerstr. 7. 26225
Tüchtige Farbigenmacher sofort ver-
langt Mühlenerstr. 29. 26325
Tüchtige Farbigenmacher
bei dauernder Beschäftigung verlangt
Große Frankfurterstr. 84. 26215
Silber-Gravure-Zehrling
sodort verlangt bei Franz Roggau,
Ritterstr. 50. 26175
Goldarbeiterinnen auf Kater u. Ab-
zeichen verlangt Worts, Ritterstr. 5.
Kleider-Arbeiterinnen verl. Schröder,
Pantow, Kaiser Friedrichstr. 19.
Plätterinnen
verlangt Dampfmaschinen Blumen-
str. 30, 2. Hof II. 26325
Geübte Arbeiterinnen auf Papier-
cigarrenstücken verlangt Schömann,
Brunnenstr. 6. 26375
Blusen- u. Arbeiterinnen verlangt
Nebel, Rosstr. 60, part. 26365
Tücht. Mannsleut auf Jacketts ver-
langt P. Pahn, Schiltemannstr. 25, I.
Schürzen- 25355
Arbeiterinnen, welche größere Bahen
Wirtschfts- u. Kinderhüten herzu-
stellen, bei hohen Preisen gesucht.
Alfred Joseph, Kommandantenstr. 59, II.
Destillations-Hausell
verlangt Radwig, Plan-Unter 24 (am
Bilderplatz). Wochentags 4-5 Uhr.
Rollschere
Tüchtige Kartenschneiderin verlangt
Paul Finkenrath,
Alte Jakobstr. 66.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr,
zum ersten Male:
Der Mann im Monde.
Poffe mit Gesang in 3 Aufzügen von
Eduard Jacobson.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Mann im Monde.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die grosse Glocke.

Central-Theater
Direktion: José Ferenczy.
Die Puppe (La Poupée)
Operette in 3 Akten und einem Prolog
von Ordoineau u. Sturges. Musik
von Ed. Audran.
Morgen und folgende Tage: **Die
Puppe (La Poupée).**
Sonntagnachmittag 3 Uhr, zu halb-
Preisen: **Gasparone.** Operette
in 3 Akten von G. Millöder.
Montag, 17. April, 3. 100. Male:
Die Puppe (La Poupée). (Sonntags-
Abend.)

Übend-Carl Beiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Zum 11. Male:
Die Bulgaria.
Sensationelles Aufstimmungsmittel
mit Gesang (Wahrheit und Dichtung)
in 3 Akten (10 Bildern) von Hans
Buchsala. Musik von R. Fall. Ge-
sangstexte von J. Till.
Anfang 8 Uhr.
Im Tunnel von 7 Uhr an
Frei-Konzert.
Am 4. Bild: Abfahrt der Bulgaria.
Gefahren von New-York mit Freiheits-
statue. (Tag- und Nacht-Decorations.)
Am 5. u. 6. Bild: Das 3 Etagen
hohe Schiff Bulgaria. Ueberdampf-
schmitt, Maschinenraum, Vagerraum,
Ober- und Unterdeck.
Am 1. u. 2. Bild: Ankunft und Ab-
fahrt eines großen Luftballons mit
6 Personen.
Nicht wie gewöhnlich! Sehenswert!
Morgen und folgende Tage: **Die
Bulgaria.**
Sonntagnachmittag: **Preziosa.**

Thalia-Theater.
Friedrichstr. 72/73.
Gastspiel **Emil Thomas.**
Lezte Woche!
Der Raub der Sabinerinnen.
Schwank
in 4 Akten von P. u. F. v. Schönthan.
Anf. 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonnabend, den 15. April: Benefiz
für **Georg Kaiser.** Zum 1. Male:
Emil amüßert sich! Schwank in
3 Akten von D. Wälder u. E. Stein.

W. Noack's Theater
Brunnenstr. 16.
Heute, Mittwoch, den 12. April ex.:
Extra-Theater-Vorstellung.
O, diese Männer.
Lebensbild
in 4 Akten von Julius Rosen.
Morgen am Donnerstag:
Der Wildschütz.



Gummi-Pelerinen für Radfahrer 5 Mk.
Radfahrer-Anzüge 7 Mk. 50
Radfahrer-Hosen 3 Mk. 50
Radfahrer-Anzüge 15 Mk.
Radfahrer-Mützen 40 Pf.
Loden-Joppen 3 Mk.
Radfahrer-Strümpfe 1 Mk. 25

Baer Sohn
24a. Chausseestrasse 24a. 11. Brückenstrasse 11.
16. Gr. Frankfurterstrasse 16.

Nochmals Bernsteins Streitschrift.

Von A. Kautsky.

III. Unsere Taktik.

Die demokratische Reformpartei — hier sind wir bei dem Punkt angelangt, wo Programm und Taktik sich berühren.

Um den Namen des „Vorwärts“ nicht übermäßig in Anspruch zu nehmen, sehe ich davon ab, die Frage nochmals zu erörtern, wie stark die Reaktion in Deutschland, Oesterreich, Italien und Frankreich ist, wo die alten Opportunisten und Panamisten als die reinen Freiheitsengel erscheinen und die Nummern des Senats das Vollenwert der bürgerlichen Freiheit geworden sind.

Ich stehe ihm um so skeptischer gegenüber, als Bernstein dort, wo er sich auf andere beruft, nicht sehr glücklich ist. Er weist auf englische, russische, schweizerische Stimmen als Beweis dafür hin, daß „in allen Ländern in der Socialdemokratie eine ähnliche Auffassung sich Bahn bricht“, wie die seinige.

Uebrigens beschränke diese „Stimmen“ nur auf kurze Sätze, über deren Zusammenhang man nichts erfährt. In seiner Antwort citiert er jedoch auch eine französische Stimme, den Genossen Lagardelle. Aber was dessen Ausführungen für Bernstein beweisen sollen, weiß ich nicht.

Da aber Bernstein Lagardelle für sich reklamiert, wird er wohl auch an folgenden Sätzen seines Artikels nichts auszufinden: „Je mehr unsere französische Bourgeoisie ihre Klasseninteressen befreit, desto mehr wird sie die demokratischen Einrichtungen bekämpfen...“

Wenn alle Stimmen, auf die Bernstein sich beruft, bei näherem Zusehen als derartige Stimmen sich erweisen, können wir zufrieden sein. Lagardelle wird aber, wie ich fürchte, wegen veralteter Phrasologie ebenfalls aus der Bernsteinschen Reformpartei ausgeschlossen bleiben müssen.

Die die Verurteilung auf Lagardelle geht auch die auf Engels aus einer Selbsttäuschung hervor. Bernstein liebt es, immer und immer wieder, die Engels'sche Vorrede zu den Marx'schen „Klassenkämpfen“ als Bestätigung seines Standpunktes hinzustellen.

Er meint: „Man nehme an, Engels sei statt im August im Februar 1895 gestorben, ehe er die Vorrede zu den „Klassenkämpfen“ schrieb, und es läme nun jemand her und führte mit etwas anderen Worten gerade daselbe aus, was Engels dort selbst kritisch sagt, wie würde das wohl aufgenommen werden? Wir müssen uns hüten, päpstlicher als der Papst sein zu wollen.“

Wenn jemand anderer denselben Gedankengang entwickelt hätte, wie Engels, hätte niemand unter uns etwas daran auszufinden gefunden. Ich darf hier daran erinnern, daß ich bereits 1898 in der „Neuen Zeit“ (XII, I, S. 402 ff.) „mit anderen Worten gerade daselbe ausführte“, was später Engels sagte, ohne daß ich damit den geringsten Anstoß in Parteikreisen erregte.

Den Schluß seiner „Vorrede“ hat Engels auf Wunsch deutscher Freunde gestrichelt, aber den Stein des Anstoßes bildete keineswegs ein Plaidoyer für die Veranbarung der Socialdemokratie in eine demokratische Reformpartei.

Die Arbeiter rühre nicht von seiner Belehrung zur demokratischen Reformpolitik der englischen Liberalen her, sondern von der Niederlage des Chartismus. Aber diese war nur eine Zersplitterung der allgemeinen Niederlage der proletarischen und demokratischen Bewegungen von 1848.

Wann führte sie gerade in England zur politischen Unselbständigkeit der Arbeiterklasse, warum nicht auch in Frankreich und Deutschland? Eines will ich jedoch Bernstein gern zugeben: die Niederlage des Chartismus hatte allerdings großen Anteil an dem Uebergang der englischen Arbeiterklasse ins liberale Lager.

Weder die industrielle Ausnahmestellung Englands in den sechziger Jahren noch das Aufkommen der Arbeiter-Aristokratie und das Entgegenkommen einer starken und furchtlosen Bourgeoisie hätten allein diesen Uebergang, dieses Aufgeben der selbständigen Klassenbewegung, zu bewirken vermocht, wenn nicht die Niederlage des Chartismus die englischen Arbeiter vorübergehend politisch demoralisiert hätte.

Ihr Uebergang zum Liberalismus machte bloß diese Demoralisation zu einer dauernden.

Das ist nicht wahr, wenn er sagt, er verlange von der deutschen Socialdemokratie nur, sie solle sich zeigen, was sie ist. Er verlangt, sie solle aufhören, was sie bisher war, sie solle jene enge Verbindung reformierender Thätigkeit und revolutionärer Propaganda ausgeben, die von Marx und Engels begründet wurde.

Nicht ein einzelner Satz, sondern unser ganzes Programm in seinen ersten, grundlegenden Absätzen, wäre, wenn Bernstein recht hätte, wie ich schon einmal gesagt, ein einziger großer Irrtum.

Er verlangt, sie solle jene enge Verbindung reformierender Thätigkeit und revolutionärer Propaganda ausgeben, die von Marx und Engels begründet wurde, er wolle nur die prinzipielle Propaganda, unseren grundsätzlichen Kampf gegen die bestehende Gesellschaft für eine veraltete Phrasologie erklären, wenn er die Partei auffordert, eine demokratisch-socialistische Reformpartei zu werden, wenn er dem Socialismus sein Häutchen nimmt.

Ausnahmegesetz gefallen, das gemeine Recht wieder hergestellt ist für alle, auch für die Socialisten. Leider sind wir nicht in der Lage, den Herren Bourgeois diesen Gefallen zu thun. Was aber nicht verhindert, daß in diesem Augenblick nicht wir es sind, die die Gesetzlichkeit laput macht.

Kein Zweifel, sie werden zuerst schießen. Eines schönen Morgens werden die deutschen Bourgeois und ihre Regierung müde werden, der alles überströmenden Springflut des Socialismus mit verführten Armen zuzusehen; sie werden Luftsucht suchen bei der Ungeheuerlichkeit, der Gewaltthat. Was wird's nützen? Die Gewalt kann eine kleine Sekte auf einem beschränkten Gebiete erdrücken; aber die Macht soll noch entdeckt werden, die eine über ein ganzes großes Reich ausgebreitete Partei von über zwei oder drei Millionen Menschen ausrottet im Stande ist.

Das ist eine andere Melodie als das sanfte Flöten der Bernsteinschen Reformidylle. Das Leitmotiv ist aber daselbe wie in der Vorrede zu den „Klassenkämpfen“. Die Bernsteinsche Auffassung der letzteren ist ungefähr ebenso berechtigt, wie die des Lagardelleschen Artikels oder die der Marx'schen Zusammenbruchstheorie, oder wie seine Ansicht, er verlange von der Socialdemokratie nur, sie solle sich zeigen, was sie ist.

Ueber die Notwendigkeit, für sociale Reformen zu kämpfen und den linken Flügel der Bourgeoisie dort, wo er gegen die Reaktion sich lehrt, zu unterstützen, besteht in unseren Reihen keine Meinungsverschiedenheit. Wenn Bernstein immer und immer wieder erklärt, er wolle nur die Notwendigkeit dieser Politik betonen, dann muß ihm erwidert werden, daß wenn er nicht mehr gesagt hätte, niemand in der Partei ihm entgegengetreten wäre. In denjenigen, die am entschiedensten für die Vetheiligung an den preussischen Landtagswahlen und einen Kompromiß mit den Freistümmlern eintreten, gehörte Parvus. Und seine Anträge an den Hamburger Parteitag, auf die er so großes Gewicht legte, bezogen sich nicht auf die sociale Revolution, sondern auf den Achtundentag und die Getreidezölle.

Aber allerdings beschränkt sich die Socialdemokratie nicht auf die Reformarbeit, auf die Schulung und Organisation der Massen. Sie verbindet die Kleinarbeit des Tages mit der Propaganda für große, unumwandelnde Ideen, sie stellt zu der Hartnäckigkeit des alltäglichen Interessentkampfes die Begeisterung, welche das Ideal einer neuen, höheren Gesellschaftsform einflößt, sie weiß, die jeweilige Unterstützung einzelner Faktionen der Bourgeoisie gegen andere zu vereinbaren mit dem grundsätzlichen Klassenegengegenseitigen gegen die Bourgeoisie in ihrer Gesamtheit.

Und diese Taktik will Bernstein umstürzen. Es ist nicht wahr, wenn er sagt, er verlange von der deutschen Socialdemokratie nur, sie solle sich zeigen, was sie ist. Er verlangt, sie solle aufhören, was sie bisher war, sie solle jene enge Verbindung reformierender Thätigkeit und revolutionärer Propaganda ausgeben, die von Marx und Engels begründet wurde, der bisher ihre Kraft und Bedeutung entzogen. Nichts anderes verlangt er, wenn er unsere prinzipielle Propaganda, unseren grundsätzlichen Kampf gegen die bestehende Gesellschaft für eine veraltete Phrasologie erklärt, wenn er die Partei auffordert, eine demokratisch-socialistische Reformpartei zu werden, wenn er dem Socialismus sein Häutchen nimmt.

Die theoretischen Gründe, die Bernstein dafür anführt, sind völlig hohl. Hat etwa die politische Situation sich plötzlich geändert? Soweit sie Änderungen aufweist, sprechen diese nur gegen, nicht für die Bernsteinsche Taktik. Noch nie, seitdem die Socialdemokratie besteht, hat die Bourgeoisie sich so feige, so erbärmlich benommen, wie jetzt; und noch nie seit 1870 lebten wir in einer Periode größerer socialer und politischer Unsicherheit, als heute. Gewiß, es wäre höchst thöricht, im Vertrauen auf nahe Katastrophen die praktische Arbeit zu vernachlässigen, die der Tag uns bringt, aber daran denkt niemand in unserer Partei. Noch thörichter aber wäre es, in einer Situation, die jeden Tag die überraschendsten Wendungen und die folgenschwersten Katastrophen bringen kann, sich von den kleineren Interessen des Augenblicks gefangen nehmen zu lassen, um darüber den welthistorischen Inhalt unserer Bewegung zu vergehen und eine Taktik einzuschlagen, die zur Zerfahrenheit, zur Verwirrung, zur Auflösung führen müßte.

Bernstein meint, die politische Demoralisation des englischen Arbeiters rühre nicht von seiner Belehrung zur demokratischen Reformpolitik der englischen Liberalen her, sondern von der Niederlage des Chartismus. Aber diese war nur eine Zersplitterung der allgemeinen Niederlage der proletarischen und demokratischen Bewegungen von 1848. Warum führte sie gerade in England zur politischen Unselbständigkeit der Arbeiterklasse, warum nicht auch in Frankreich und Deutschland? Eines will ich jedoch Bernstein gern zugeben: die Niederlage des Chartismus hatte allerdings großen Anteil an dem Uebergang der englischen Arbeiterklasse ins liberale Lager. Weder die industrielle Ausnahmestellung Englands in den sechziger Jahren noch das Aufkommen der Arbeiter-Aristokratie und das Entgegenkommen einer starken und furchtlosen Bourgeoisie hätten allein diesen Uebergang, dieses Aufgeben der selbständigen Klassenbewegung, zu bewirken vermocht, wenn nicht die Niederlage des Chartismus die englischen Arbeiter vorübergehend politisch demoralisiert hätte. Ihr Uebergang zum Liberalismus machte bloß diese Demoralisation zu einer dauernden.

Nur ein niedergeworfenes, politisch demoralisiertes Proletariat kann zu jener Beschränkung auf demokratische Reformpolitik gebracht werden, die Bernstein anrät. Aber die deutsche Socialdemokratie ist nicht niedergeworfen, sie schreitet von Sieg zu Sieg. Sie ist durch ihre bisherige Taktik im Laufe eines Menschenalters aus einer verschwindend kleinen Sekte zur stärksten Partei Deutschlands geworden; sie hat alle Aussicht, im Laufe des nächsten Menschenalters zur herrschenden Partei Deutschlands zu werden, und da soll sie, mitten im Siegeslauf, ihre Front ändern, ohne einen anderen Grund, als deswegen, weil ein wohlmeinender aber leider isolierter Parteigenosse in seiner Einsamkeit zum socialistischen Hypochonder geworden ist, oder weil den einen oder anderen der kämpfenden Kurzatmigkeit befallen hat, sobald er beim schnellen Siegeslaufe nicht mehr recht mit kann?

Und diese Frontänderung mitten im Feuer soll keinen anderen Zweck haben, als den, die Trümmer einer geschlagenen Armee von Gegnern in unseren Rücken gelangen zu lassen — von Gegnern, die uns um so mehr hassen, je kraftvoller wir werden, und die als Bundesgenossen bei jeder Gelegenheit bereit wären, uns zu ver-raten!

Nein, wir müssen die Bernsteinsche Taktik ebenso entschieden zurückweisen, wie seine Theorien.

Aber wozu diese Entschiedenheit? Sind denn unsere Gegensätze wirklich so groß?

Bernstein schließt seine Antwort mit den Worten: „Nur einen Eindruck möchte ich vermeiden sehen. Wiederholt äußert sich Kautsky, als ob ich von der Partei verlangte, sie solle ihr Programm ändern, eine grundsätzliche neue Taktik einschlagen.“ Das fällt mir nicht ein. Was das Programm anbetrifft, so bin ich mit meinem praktischen Teil im ganzen durchaus einverstanden und lege kein Gewicht darauf, ob im theoretischen ein Satz steht, der mit meiner Auffassung vom Gang der Entwicklung nicht mehr stimmt.

Das bezüglich der Taktik der Partei Bernstein in einer Selbsttäuschung befangen ist, brauche ich nach dem Gesagten nicht noch zu erörtern. Allerdings schlägt er der Partei nichts wesentlich Neues vor, was sie thun soll — abgesehen von einigen nicht unbedeutlichen Punkten — stehendes Heer, Weltpolitik, Kolonialpolitik. Aber abgesehen davon beschränkt seine neue Taktik nicht darin, daß er der Partei zumutet, sie solle etwas thun, was sie bisher nicht gethan, sondern darin, sie solle etwas lassen, was bisher aufs engste mit ihrer Thätigkeit verbunden gewesen. Wir sollen uns auf die Hälfte dessen beschränken, was wir bisher gethan. Wenn Bernstein für die von ihm empfohlene Taktik die Bezeichnung als Neuheit ablehnt, dann kann ich sie nur als Halbheit bezeichnen.

Aber das Programm? Ja, da finden wir dieselbe Halbheit. Mit der einen Hälfte, der praktischen, ist er einverstanden. Es ist jene, die jeder demokratische Socialpolitiker unterschreiben kann. Aber der theoretische Teil, durch den erst der praktische Teil seinen socialistischen (proletarischen, nicht bourgeoissocialistischen) Charakter erhält, wie steht's mit dem? Ei, es fällt Bernstein nicht ein, seine Aenderung zu verlangen, er legt kein Gewicht darauf, wenn ein Satz darin steht, der mit seinen Anschauungen nicht mehr stimmt.

Ein Satz! Bernstein verwehrt sich dagegen, zu vertuschen oder abzuschwächen. Aber ich möchte Bernstein fragen, wo in den ersten sechs Absätzen unseres Programms ein Satz ist, der mit seinen jetzigen Anschauungen noch stimmt.

Nicht ein einzelner Satz, sondern unser ganzes Programm in seinen ersten, grundlegenden Absätzen, wäre, wenn Bernstein recht hätte, wie ich schon einmal gesagt, ein einziger großer Irrtum. Er verlangt, sie solle jene enge Verbindung reformierender Thätigkeit und revolutionärer Propaganda ausgeben, die von Marx und Engels begründet wurde, der bisher ihre Kraft und Bedeutung entzogen. Nichts anderes verlangt er, wenn er unsere prinzipielle Propaganda, unseren grundsätzlichen Kampf gegen die bestehende Gesellschaft für eine veraltete Phrasologie erklärt, wenn er die Partei auffordert, eine demokratisch-socialistische Reformpartei zu werden, wenn er dem Socialismus sein Häutchen nimmt.

Und warum sollen wir diese Schwächung plötzlich vornehmen? Die theoretischen Gründe, die Bernstein dafür anführt, sind völlig hohl. Hat etwa die politische Situation sich plötzlich geändert? Soweit sie Änderungen aufweist, sprechen diese nur gegen, nicht für die Bernsteinsche Taktik. Noch nie, seitdem die Socialdemokratie besteht, hat die Bourgeoisie sich so feige, so erbärmlich benommen, wie jetzt; und noch nie seit 1870 lebten wir in einer Periode größerer socialer und politischer Unsicherheit, als heute. Gewiß, es wäre höchst thöricht, im Vertrauen auf nahe Katastrophen die praktische Arbeit zu vernachlässigen, die der Tag uns bringt, aber daran denkt niemand in unserer Partei. Noch thörichter aber wäre es, in einer Situation, die jeden Tag die überraschendsten Wendungen und die folgenschwersten Katastrophen bringen kann, sich von den kleineren Interessen des Augenblicks gefangen nehmen zu lassen, um darüber den welthistorischen Inhalt unserer Bewegung zu vergehen und eine Taktik einzuschlagen, die zur Zerfahrenheit, zur Verwirrung, zur Auflösung führen müßte.

Bernstein meint, die politische Demoralisation des englischen Arbeiters rühre nicht von seiner Belehrung zur demokratischen Reformpolitik der englischen Liberalen her, sondern von der Niederlage des Chartismus. Aber diese war nur eine Zersplitterung der allgemeinen Niederlage der proletarischen und demokratischen Bewegungen von 1848. Warum führte sie gerade in England zur politischen Unselbständigkeit der Arbeiterklasse, warum nicht auch in Frankreich und Deutschland? Eines will ich jedoch Bernstein gern zugeben: die Niederlage des Chartismus hatte allerdings großen Anteil an dem Uebergang der englischen Arbeiterklasse ins liberale Lager. Weder die industrielle Ausnahmestellung Englands in den sechziger Jahren noch das Aufkommen der Arbeiter-Aristokratie und das Entgegenkommen einer starken und furchtlosen Bourgeoisie hätten allein diesen Uebergang, dieses Aufgeben der selbständigen Klassenbewegung, zu bewirken vermocht, wenn nicht die Niederlage des Chartismus die englischen Arbeiter vorübergehend politisch demoralisiert hätte. Ihr Uebergang zum Liberalismus machte bloß diese Demoralisation zu einer dauernden.

Nein, die Gegensätze sind da und es liegt im dringendsten Parteinteresse, sie auszukämpfen und durch eine entsprechende Stellungnahme zu beseitigen. Es abzuleugnen, verkleinern oder sich neutral zu ihnen stellen wollen, hieße nichts anderes, als sich einer Zweideutigkeit schuldig machen, die lächerlich würde, weil sie den Eindruck der Hilflosigkeit oder Feigheit hervorriefe.

Die Verumpfung der Gegensätze könnte weder unsere Einigkeit noch unsere Kraft vermehren. Sie müßte jede Zuversicht, jede Einheitlichkeit in der Partei untergraben, Unfrieden und Unsicherheit in ihren Reihen permanent machen.

Möbel und Polsterwaren. Beste Arbeit. Ganze Einrichtungen zu billigen Preisen. [11042] Franz Tatzauer, Brunnenstraße 152. J. Brünn, (Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4. Teppiche! Gardinen! Steppdecken! Portieren! Fertige Wäsche! Ausverkauf!!

Möbel-Fabrik und Lager kompletter Wohnungs-Einrichtungen von Julius Apelt, Tischlermeister. Berlin SO., Skalitzer-Strasse No. 6, am Kottbuser Thor. Zähne v. 2 Mark event. Theilzahlung. GENERAL-Fundbureau, Olga Jacobson, Invalidenstr. 145.

Fahrräder erstklassige Marken. Nähmaschinen aller Systeme. Lau & Co., Gräberstraße 2. Hoffmann-Pianos.

Anzüge nach Maß für Herren u. Anaben. Größte Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Vesten etc. Friedrich Lange, gep. Heilgehilfe, Charlottenstr. 18.





Warenhaus Wilhelm Stein



Chaussee-Str. 66. BERLIN, N. Chaussee-Str. 66.

Tages-Angebot für Mittwoch d. 12., Donnerstag d. 13., Freitag d. 14. April.

Wirtschafts-Artikel.

Butterdosen mit vernickeltem Teller u. Deckel	Stück 42 Pf.
Tabletts mit durchbroch. vernickeltem Rand, oval und dreieckig	Stück 85 Pf.
Eikortabletts Majolika und vernickeltem Rand Gr. ca. 8x30 8x30 cm	Preis 80 85 Pf.
Servirtabletts Majolika mit vernickeltem Rand Gr. ca. 20x32 cm	Preis 2,65 Mk.
Weissblech-Tabletts, Gr. ca. 20 25 30 35 40 45 cm	10 15 23 28 38 55 Pf.
Vorratsstonnen neublau, ca. 1/2 Pfund Inhalt	2 Stück 25 Pf.
Vorratsstonnen neublau mit Zwiebelmuster, ca. 1 Pfd. Inhalt	Stück 35 Pf.
Messerspüler, lackirt	Stück 45 Pf.

Fensterreimer, lackirt	Stück 42 Pf.
Wirtschaftswaagen, m. Emaille-Zifferblatt	Stück 225 Pf.
Messerkörbe 4 theilig	Stück 42 Pf.
Messerputzbretter	Stück 25 u. 18 Pf.
Bürstenbrett mit 6 Bürsten	Stück 1,95 Mk.
Garderobenleisten	7 Haken 4 Haken 8 Haken 60 55 42 Pf.
Tücher und Besenleisten	Stück 45, 38 Pf.
Küchenleisten	8 Haken 6 Haken 4 Haken 25 20 16 Pf.
Schlüsselbretter mit Schilder	Stück 65 u. 35 Pf.

Küchen-Consolen, Eichen lackirt	Gr. ca. 71 56 cm 85 55 Pf.
Gewürz-Etagären Eichen	Stück 1,85, 1,60, 1,20 Mk.
Küchenrahmen mit Muschelaufsatz und Haken	Stück 9,60, 9,00, 5,40, 4,25 Mk.
Küchenbretter	Gr. ca. 34, 35 1/2, 38, 40, 42 1/2, 44, 51, 54, 55 1/2, 57 cm 12, 15, 17, 23, 28, 30, 35, 45, 60, 75 Pf.
Schinkenteller rund Ahorn	Gr. ca. 14, 18, 21, 24 cm 12, 18, 20, 25 Pf.
Putz- u. Wichskasten	Stück 45, 23 Pf.
Kleiderbügel polirt Dtzd.	70 Pf., [roh Dtzd. 40 Pf.]
Klammern	Schock 13 Pf.
Eierschränke	Stück 1,65 0,75 0,45 Mk.

Emaille.

Schaffnerkrüge marm. u. neublau Inhalt ca. 1/2, 2/3, 1 Lit.	Preis 38 42 55 Pf.
Kehrschaufeln marm. und neublau	Stück 42, 33 Pf.
Consolen mit Maass, marm. u. neublau	Stück 42 Pf.
Theesiebe weiss und neublau	Stück 20 Pf.
Seifenhalter mit Haken, weiss	Stück 18 Pf.
Wannen oval, neublau und marm. Gr. ca. 35 40 45 50 55 60 cm	1,35 1,50 1,80 2,10 2,55 3,10 Mk.
Schmortöpfe mit Ring, Eisen Kronenmarke Inhalt 4 4 1/2 5 5 1/2 6 6 1/2 Lit.	1,00 1,15 1,35 1,50 1,75 Mk.

Kasserollen ohne Ring neublau, Gr. ca. 12 14 16 cm	Preis 22 33 38 Pf.
Kasserollen mit Ring, neublau, Gr. ca. 18 20 22 24 cm	Preis 65 72 90 100 Pf.
Kasserollen ohne Ring, marm. Gr. ca. 12 14 16 cm	Preis 30 38 48 Pf.
Kasserollen mit Ring marm. Gr. ca. 18 20 22 24 cm	Preis 72 80 95 115 Pf.
Kummen weiss, Gr. ca. 12 14 16 18 20 cm	Preis 13 18 23 26 33 Pf.
Bratpfannen, Eisen, Kronen- Länge ca. 39 41 1/2, 43 cm marke	Preis 1,30 1,45 1,55 Mk.

Schmortöpfe mit Ring, neublau, Gr. ca. 16 18 20 22 cm	Preis 60 72 85 98 Pf.
Schmortöpfe mit Ring, marm. Gr. ca. 16 18 20 22 cm	Preis 65 78 90 110 Pf.
Wasserkessel mit Sack, marm. Gr. ca. 22 24 cm	Preis 1,40 1,60 Mk.
Waschgarnituren 8 theilig, neublau	Stück 1,60 Mk.
Waschgarnituren 8 theilig, weiss	Stück 1,40 Mk.

Eimer marmorirt und neublau, Grösse ca. 28 cm	Stück 78 Pf.
---	--------------

Bürsten.

Kaar-Handfeger in 3 Grössen	Stück 60, 42, 35 Pf.
Kaar-Kehrbesen in 3 Grössen	Stück 75, 60, 42 Pf.
Rosshaar-Handfeger in 3 Grössen	Stück 1,25, 1,15, 0,95 Pf.
Rosshaar-Besen in 3 Grössen	Stück 2,10, 1,80, 1,50 Pf.

Schrubber in 3 Grössen	Stück 30, 23, 18 Pf.
Scheuerbürsten	Stück 12, 10, 9, 8 Pf.
Handwaschbürsten	Stück 13, 9, 5 Pf.
Anstrichbürsten	Stück 12, 8, 6 Pf.

Schmutzbürsten	Stück 12, 8 Pf.
Glanzbürsten	Stück 60, 38, 25, 18 Pf.
Kleiderbürsten	von 0,45 bis 2,10 Pf.
Kopfbürsten	von 0,35 bis 2,25 Pf.

Porzellan.

Goldbandtassen	Stück 15 Pf.
Milchtöpfe blau, für Küchenrahmen	Stück 8 Pf.
Kaffeekannen, weiss	Stück 60 Pf.
Kaffeeteller, bemalt	Stück 8 Pf.

Kaffeesevice, blau Zwiebelmuster, 8 theilig für 8 Personen	Stück 1,85 Mk.
Dessertteller, bemalt	Stück 11 Pf.
Zassen mit Blumenzweigen	Stück 19 Pf.
Kuchenteller, bemalt	Stück 38 Pf.

Tassen für Restaurateure	Stück 15 Pf.
Vorratsstonnen, blau Zwiebelmuster	Stück 42 Pf.
Milchtöpfe, weiss	Stück 8, 6, 4 Pf.
Kuchenteller, Rococo mit Amoretten	Stück 56 Pf.

Steingut.

Waschservice, 4 theilig, Bandmuster	Stück 96 Pf.
Waschservice, 5 theilig, Druckmuster	Stück 1,85 Mk.
Waschservice, 5 theilig, bunt	Stück 3,75 Mk.
Waschservice, 5 theilig, einfarbig, gross	Stück 4,75 Mk.
Waschbecken, weiss	Stück 36, 30, 26 Pf.

Tafel-service, 28 theilig, einfarbig	Stück 6,00 Mk.
Wasserkannen, blaue Streifen	Stück 23 Pf.
Wasserkannen, gelb	Stück 38 Pf.
Blumentöpfe, grün Majolika	Stück 55 Pf.
Spucknapfe, weiss	Stück 18 Pf.

Teller, tief und flach, glatt weiss	Stück 6 Pf.
Teller, tief und flach, weiss gerippt	Stück 7 Pf.
Teller, tief und flach, blau	Stück 9 Pf.
Teller, tief und flach, bunt	Stück 15 Pf.
Melonen, blau	Stück 45 Pf.

Neu! Porzellangarnitur „Delftermuster“.
Vorratsstonnen Stück 75 Pf. | Essig- u. Delfflaschen Stück 75 Pf.
Gewürztonnen Stück 28 Pf. | Salz- u. Mehlresten Stück 1,55 Mk.

Neu! Steingut-Garnitur „Athenus“.
Vorratsstonnen Stück 50 Pf. | Essig- u. Delfflaschen Stück 50 Pf.
Gewürztonnen Stück 20 Pf. | Salz- u. Mehlresten Stück 1,35 Mk.

Verkauf an Wiederverkäufer findet nicht statt.